

Rechtsbruch in Memel führt eine gerade Linie, die am Ende in das von Frankreich begünstigte Projekt eines panbaltischen Julan menschlusses einmündet. Die neuerdings namentlich von Zelland ausgehenden Bestrebungen zur Bildung eines Handelsbundes, der sich über das baltische Ozean zu einer weitläufigen Sammelarbeit der baltischen Kleinstaaten auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet beziehen soll, sind in England und Italien zum mindesten nicht grundförmig abgelehnt worden; sie haben eine Erwidmung in dem Vorschlag eines Zollfriedenspaktes gefunden, den das einflussreiche Außenministerium vor einigen Wochen den Regierungen in Romo, Nigo und Helmsinga unterbreitet hat. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß zwischen diesen Bestrebungen in Romo harte Positionen gekämpft, deren Aufgabe es ist, die baltischen Kleinstaaten in nordisch-germanischen Kultureinfluss zu „bestimmen“ und eine in französischen Geist orientierte „baltische Kultur“ zu konstituieren. Es ist klar, daß sich solche geistigen Bestrebungen praktisch zu einer Verschärfung des innerpolitischen Kampfes gegen die deutschen Minderheiten und zu einer antideutschen Orientierung der baltischen Außenpolitik auswirken müssen.

Im Donau-Bezirk freilich, ein weitaus größerer der großen Auseinandersetzung über die Frage, ob der westeuropäische Raum von Frankreich beherrscht oder von Deutschland geführt werden wird. Der vor einem Jahre durch Deutschland eingeleitete Versuch einer wirtschaftlichen Organisation des Donauraums ist jetzt von der Gegenseite — nicht im deutschen Sinne! — wieder aufgegeben worden. Frankreich hatte dem großdeutschen Zollunionssplan zwar kein in seiner heilenden Wirkung gleichwertiges und in seinen physisch-ökologischen Grundlagen gleich begünstigtes Projekt entgegenzusetzen. Aber Frankreich konnte sich damit begnügen, die Verwirklichung des deutschen Planes zu vereiteln. Es konnte die Dinge in Donauraum anstreifen lassen; denn es wußte, daß der Druck der erzwungenen Selbständigkeit in Österreich früher oder später eine oerwiesene Stimmung herzuerrufen mußte, die den Plänen der Pariser Diplomate nur günstig sein konnte. Unter französischem Druck wurden die Großdeutschen aus der Regierung verdrängt, wurde Schroder, der Urheber des Zollunionssplanes, gestürzt und wurden wichtige Staatsposten anfechtungswürdigen Männern besetzt. Mitre Scherz war es dann so weit, daß sich der Bund der Kaiserliche Zureich zu einem ungemessenen Schritt entschloß, und die diplomatischen Vertreter der Mächte mitteilen mußte, daß Österreich, unfähig, in seinen derzeitigen Grenzen weiterzuleben, mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Änderung einzutreten wünsche. Und Anfang März erfuhr man durch einen Vertiktel des „Camp“, daß der französische Ministerpräsident am 29. Februar in Genu den Vertretern Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Südspaniens und Rumaniens den Abschluß eines Zollbündnisses auf der Grundlage von Vorzugszöllen empfohlen hatte. Für Deutschland war an dieser Meinung des „Camp“ besonders wichtig, daß Berlin von dem französischen Schritt wieder rechtlich unterrichtet wurde, noch sich unter den Staaten befand, denen Carduz ein Zollbündnis mit Frankreich angedeutet wurde, damit war die deutsche feindselige Absicht der französischen Regierung es von vornherein mit der notwendigen Klarheit festgelegt worden.

Frankreich scheint vor der Verwirklichung seiner alten Donau-Subventionsspläne zu stehen, und die Tschechi bereitet sich darauf vor, die führende Rolle auf dem Boden des alten Habsburger Reiches anzutreten. Aber die Partie ist für Deutschland noch lange nicht verloren. Wenn Berlin und Wien geschickt zu arbeiten verstehen, kann man auch heute noch das französische Donau-Projekt, das als vernünftiger Schritt gegen die deutsche Ostentwicklung gebacht ist, im Sinne der Feinereit von Wien „verbotenem“ Zollunion ausgenutzt werden. Vor einem Jahr konnten England und Italien vielleicht noch glauben, daß die Verwirklichung des großdeutschen Zollbundes das Spiel der wirtschaftlichen Kräfte in Europa lösen würde. Inzwischen sind jedoch so tiefgreifende Wandlungen zum Schlechteren eingetreten und haben sich die überkommenen Grundzüge der Handelspolitik als zu unzureichend zur Überwindung der Produktions- und Absatzfrage erwiesen, daß man sich heute mit größerer Unbefangenheit als früher über die Zukunft nachzudenken wird, die man vor einem Jahr noch gegen den deutschen Zollunionssplan geltend machte. Für Deutschland ist durchaus die Möglichkeit vorhanden, sich in den von Paris jetzt aufgeworfene Plan mit allem Nachdruck einzufalten und den starken, nach Deutschland tendierenden Kräften, die in allen Donaustaaten wirksam sind, entgegenzukommen. In diesem Sinne hat die Reichsregierung bereits am 1. März ihren ersten Gehörten gegen Carduz Empfehlung unternommen, indem sie durch ihren Gesandten in

Wien die Vereinfachung Deutschlands zur Hilfeleistung auszusprechen und die alsbaldige Einleitung von Vorzugsverhandlungen anbieten ließ, noch bevor sich irgendein anderer Staat zu dem Hilsereu Zureich und der Empfehlung Carduz geäußert hatte. Wohl unter dem Eindruck der künftigen Ergebnisse hat die französische Regierung am 5. März durch ihren Gesandten in Berlin, Deutschland zur „Einnahme“ an der wirtschaftlichen Organisation des Donauraums aufgefordert und eine Denkschrift überreicht, die folgende Richtlinien für die Donaupolitik aufstellt:

Die Tschechoslowakei, Deutsch-Österreich und Ungarn sollen die Grundlage der Donauüberbation bilden, der auch die anderen Donaustaaten beitreten können. Frankreich stellt all diesen Staaten, falls sie seinem Vorschlag Folge leisten, seine finanzielle Hilfe in Aussicht. Am wichtigsten ist folgende Punkt: Die europäischen Großmächte England, Spanien, Frankreich und Deutschland sollen sich gegenseitlich verpflichten, auf dem wirtschaftlichen Gebiete, die sie der Donauüberbation auf politischem Gebiete sichern, für sich keinerlei Sonderrechte in Anspruch zu nehmen; sollte eine der vier Mächte einm der Donaustaaten auf politischem Gebiete besonderes Entgegenkommen zeigen, so hierzu dürfen unter keinen Umständen Sonderrechte gezogen werden. Das heißt also: Deutschland darf ohne Zustimmung Frankreichs, Englands und Italiens keine politischen Abschnungen mit den Donaustaaten eingehen, die mit einem dieser Staaten treffen; vielmehr bedeutet das, so gar, daß Deutschland mit Rumänien und Ungarn bereits abgeschlossene Vorzugsverträge wieder aufgeben soll. Man will das Ziel dieser französischen Politik am besten als ein wirtschaftliches Südost-Europa bezeichnen können; denn der Hintergedanke der französischen Denkschrift ist doch wohl der, daß Deutschland den handelspolitischen status quo garantieren soll, indem es dessen Wöderung zu seinen Gunsten oder der sehr fraglichen Genehmigung der Westmächte, die den Donaustaaten des französischen Vorschlags ist, verheißt es sich von selbst, daß er von Deutschland von vornherein mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden muß. Deutschland kann auf die Handlungsfreiheit hinsichtlich der Auslöckerung und Wöderung seiner Zollgrenzen im Osten ebensowenig verzichten wie es das Recht auf eine Revision seiner politischen Ökonomie preisgeben kann.

In Österreich weiß man sehr wohl, daß der Erfolg jeder Hilfsaktion von der aktiven und führenden Hand des Kaiserreichs abhängt; man weiß, daß Frankreich die offenen Wunden der österreichischen Volkswirtschaft wohl mit Krediten überkleben, sie aber nicht durch eine Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Produktion und Absatz heilen kann; man weiß, daß im Rahmen einer Donauüberbation die österreichische Industrie von der schwebenden Industrie an die Wand gedrückt würde und daß die österreichische Landwirtschaft gegen die ungarische Landwirtschaft nur schwer aufkommen könnte. In Österreich ist also wirtschaftlich die Anschluß an Deutschland und Ökonomie mit Deutschland in enger wirtschaftlicher Beziehungen zu treten verbunden. Eine andere Frage ist es allerdings, ob das machtlose Land gegenüber Frankreich noch so viel Handlungsfreiheit besitzt, um sich seiner Lösung ohne Deutschland widersetzen zu können. Wenn die in französischen Projekt entgegengetreten werden soll, dann wird man die Initiative hierzu nicht von Wien ermarren können, sondern von Berlin verlangen müssen. Da scheint es freilich, als ob man sich in der Zukunft nicht mehr nicht von dem Belgischen frei machen kann, mit der man auf der Septembertagung der Völkerverbände den Vergründ der Zollunion beigemogt hatte. Und doch hat Deutschland trotz der überlegenen Macht des französischen Gegners keinen Grund, seine Sache verloren zu geben. Denn immer weitere Kreise in allen Donaustaaten sind der Überzeugung, daß es ohne Deutschland für sie keine Besserung gibt und daß auch die Schöpfung einer Donauüberbation, wenn Deutschland nicht ausgeschlossen wird, den Wiedergang ihrer Volkswirtschaften nicht mehr auslösen kann. Immer beständig in den Donaustaaten der Gegenwart zwischen den an Frankreich gebundenen Regierungen und den nach Deutschland tendierenden Kräften jutage. Es fragt sich, wer sich auf die Dauer als stärker erweisen wird: die Regierungen oder die Völkler. Es fragt sich, wer schließlich mehr Werbekraft besitzen wird: Deutschland mit seinem Angebot handelspolitischer Zollunionserarbeit oder Frankreich mit seinen kofferigen Anleihen. Es fragt sich, ob Italien das deutsche Programm einer Arbeitsteilung im Donauraum oder die immerhin lebende Beteiligung an der französischen Parteipolitik vorziehen wird. Deutschland hat auch wenn es völlig isoliert dastehen sollte — gegen die französische Handelspolitik die Gunst seiner natürlichen Lage und den Vorteil seiner handelspolitischen Möglichkeiten in die Waagschale zu werfen. Das Vertrauen darauf darf aber nicht dazu verleiten, die Gefahr der wirtschaftlichen Isolierung zu unterschätzen, die sich in den französischen Verträgen einer Blockbildung im Baltikum und im Donaubekken ankündigt.

Das Bild dieser Gefahr wäre unvollkommen, wenn man in seinen Rahmen nicht auch den politischen Raum einstellen würde, der sich einem durch ein tiefgreifend wirtschaftliche Umwälzungen befindet. Die deutschfeindlichen Antarkiebestrebungen der Wärschaft

Wirtschaftspolitik liegen ganz im Sinne der Umgehungen Frankreichs, Deutschlands wirtschaftlich zu isolieren; und umgekehrt liegt auch die französische Politik durchaus in Polens Interesse, da sie den deutschen Einfluß im Nordosten und Südosten ausfalten will, wodurch nicht allein die in Polen immer gefährdete Gefahr einer handelspolitischen Umklammerung durch Deutschland abwendet, sondern zugleich auch ein handelspolitisches Vakuum schafft, in das die polnische Wirtschaft allmählich hineinwachsen könnte. Die Sperrkräfte, die vor Deutschlands Offensiven gesetzt werden soll, umfaßt das Baltikum, Polen und die Ostseeländer, also ganz Mitteleuropa. Ihre Verwirklichung würde

bei der gleichzeitig fortschreitenden Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt das Ende des deutschen Außenhandels bedeuten. Es handelt sich bei den französischen Projekten im Grunde darum, daß dem deutschen Volk das einzige Mittel, das es zurzeit noch besitzt, um eine Revision der Stenzen zu erzwingen, genommen werden soll: die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Durchdringung des europäischen Offens, die Möglichkeit einer handelspolitischen Einkreisung Polens.

Dr. R.

Das Spiel mit dem Kriege.

„... Die Heimat bis zum äußersten verteidigen...“

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen hat der Reichsregierung folgende, vom Provinzialauschuß der Provinz Ostpreußen in seiner Sitzung vom 19. Februar d. J. gefasste Entschließung mitgeteilt: „Bei einer Feier polnischer Studenten in Danzig am 2. Februar haben Vertreter polnischer Jügel- und Militärbehörden Vorschläge gehalten, um zu nächst die Beziehungen zwischen Danzig und Ostpreußen enthalten, und einen militärischen Herbeifall in nahe Aussicht stellen. U. a. hat der Vertreter des Kommandierenden Generals in Thorn erklärt, daß er eher noch Königsbetz in Uniform als zum zweiten Male nach Danzig in Jügel kommen werde. Infolge dieser Überhörten, in so herausfordernder Schärfe noch nie gemachten Vorwürfen und unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge in Memel ist die Stimmung in der Provinz Ostpreußen außerordentlich gespannt. Der Provinzialauschuß hält es für seine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung hierauf zu lenken und zu fordern, daß alle nur denkbaren Maßnahmen zum Schutze des bedrohten Offens getroffen werden. Die Reichsregierung kann sich darauf verlassen, daß die Ostmärker, eingebend ihrer Pflichten, die Heimat bis zum äußersten verteidigen werden.“

An Stelle der Reichsregierung, an die die Entschließung gerichtet war, hat der Reichspräsident mit dem Landeshauptmann von Ostpreußen genehmigt, in diesem Schreiben heißt es: „Niemand kann es das deutsche Volk dulden, daß ihm weitere Schritte seines Vaterlandes entziffen werden! Ihr Gelübde, die Heimat bis zum äußersten verteidigen zu wollen, erwidere ich mit dem Versprechen, daß ich den deutschen Ostländern in ihrem Kampfe gegen jede nur mögliche Verdrängung mit allen Kräften beistehen und im Verein mit der Reichsregierung und dem deutschen Volk alle Maßnahmen zu ergreifen werde, die notwendig sind.“ In politischen und fachbereichlichen Kreisen Ostpreußens hat man sich in den letzten Tagen eingehend mit der Beurteilung beschäftigt, die in der Bevölkerung mit auf Grund des Aitauischen Bundes „Überfall auf Ostpreußen“, aus dem wir in der heutigen Beilage ein Kapitel abdrucken, Platz gegriffen hat, nachdem dieses Buch bereits in mehreren Sitzungen veröffentlicht wurde. Die Vorgänge in Memel und die polnischen Reden in Danzig haben mit zur Erhöhung dieser Beunruhigung beigetragen. Man ist nun in politischen Kreisen der Ansicht, daß die Polen weniger einen Überfall planen, als vielmehr verfahren, rechtliche Unterlagen für einen Einfall zu schaffen. Sollten die Tributverhandlungen im Sommer ergebnislos verlaufen, so besteht die Möglichkeit, daß eine „Zerstückung“ des Young-Planes festgelegt und Sanktionen eingeleitet werden, wobei Polen die Offskantionen übertragen und ihm das „Recht“ zugesprochen werden dürfte, Ostpreußen zu besetzen. Man dürfte sich an einem solchen Risiko am liebsten nicht beteiligen wollen, da die Folgen an sich schon sehr ansehnlich und die Entwürfe werden die Ostpreußen werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Das Memelland militärisch besetzt!

Die Litauer haben am 5. März d. J. die Memelregion mit kleineren und größeren militärischen Abteilungen in einer Gesamtstärke von über 1000 Mann, die mit schweren Waffen ausgerüstet sind, besetzt. Weitere militärische Formationen sind in Anmarsch. Diese Nachricht bereitete sich wie ein Donner in den Ohren des Tages an der Grenze stehend, und bald konnte man die Befestigung bekommen, denn in den einzelnen Dörfern am Memelland sind Abteilungen von je etwa 30 Mann einmarschiert. Der memelländische Bevölkerung hat sich naturgemäß eine ungeheure Erregung bemächtigt und diese Erregung hat sich auch auf die deutsche Seite übertragen. Die Litauer geben als Gründe für die militärische Sicherung der Grenze einerseits an, daß die Deutschen irgend etwas gegen das Memelland planen, andererseits daß der Schmuggel, der überhand genommen habe, bekämpft werden müsse.

Nach Auffassung von maßgebenden Personen aus dem Memelgebiet liegen die Dinge so: Anfang der nächsten Woche tritt der memelländische Landtag zusammen, um dem vom Gouverneur Merkus ernannten Präsidenten Simmat und dem Landespräsidentium das Misstrauen auszusprechen. Ein Verhandeln mit Simmat war nicht möglich, da dieser nach strikten Weisungen des litauischen Gouverneurs handelte und die beiden deutschen Landesräte niemals ihre Absicht im Bundespräsidentium hatten durchsetzen können, da der Landespräsident außer den beiden memel-

ländischen Mitgliedern noch einen Großlitauer (Colishus) zum Landesrat ernennen wollte, mit dem jüngerem, da seine Stimme dem Ausschluß gibt, immer die Mehrheit gehabt hätte. Gouverneur Merkus wird nun trotz aller entgegenstehenden Behauptungen und trotz des Einpruches der Signatarmächte, die das Memelland garantiert haben, den memelländischen Landtag auflösen, und weil man befürchtet, daß die memelländische Bevölkerung diese Entscheidung nicht ganz widerstandslos hinnehmen wird, darum hat man das Memelland nunmehr militärisch besetzt und zeigt damit an, daß man gemäß lit. auch den letzten Rest von Freiheit und Selbständigkeit rückichtslos zu beseitigen.

Polnisch-russischer Geheimpakt?

Die Münchener Sonntagszeitung „Der gerade Weg“ des früheren Chefredakteurs der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Gerlich, veröffentlichte bereits vor einigen Wochen Mitteilungen über geheime Vorschläge der Moskauer Internationale, die, wie es scheint, ziemlich authentisch gewesen sind. In seiner Ausgabe vom 28. Februar brachte das Blatt nun einen weiteren aus der gleichen Quelle flammenden Bericht über eine Sitzung des Politbüros von Anfang Januar, der im Hinblick auf Memel und Schanghai von größter Interesse ist und einige politische Vorgänge der letzten Wochen in ein neues Licht zu rücken geeignet ist.

In der Sitzung des Politbüros, an der außer dem genannten Kollegium des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten auch Manuiljow von der Komintern, Koffin von der Ukrainischen Sowjetrepublik und Rakab teilgenommen hätten, habe, so berichtet „Der gerade Weg“, zunächst Litwinow über die Gefahren gesprochen, die Rußland aus einer bevorstehenden Militärkonvention zwischen Japan und Polen erwachsen; die Gefahr gleichzeitiger schwerer Konflikte im Fernen Osten und an der Westgrenze werde damit für Rußland akut. Darauf habe Stalin u. a. ausgeführt: „Wir müssen einem militärischen Konflikt nach für einige Jahre ausweichen. Erst im gespanntesten Augenblick der Weltkriege, die unumgeßlich mit einem neuen Krieg der Imperialisten untereinander enden wird, werden wir als entscheidender Faktor eingreifen. Vorläufig aber müssen wir lediglich manövrieren. Um Augenblick steht daher vor uns die Frage, um welchen Preis wir die freundschaftliche Neutralität Polens für den Fall eines Konflikts im Fernen Osten erkaufen können.“

Darauf habe Rakab vorgeschlagen, die Verwirklichung des bereits 1923 nahezu fertiggestellten Geheimpaktes mit Polen auf der damals vereinbarten Basis zu betreiben. Trotz dem Bedenken vor allem der Ukrainer habe das Politbüro denn auch beschlossen, das Außenkommissariat zum Abschluß eines solchen russisch-polnischen Geheimpaktes zu ermächtigen. Zur Täuschung der Öffentlichkeit solle es jedoch einen offenen Nichtangriffspakt abschließen — der insofern tatsächlich zustande gekommen ist — und diesem die geheimen Abmachungen „maskieren“ einfließen. Die Zugeständnisse nun, die Rußland in diesem Geheimpakten dem Polen als Preis für ihre Neutralität machen sollte oder, wie „Der gerade Weg“ annimmt, schon gemacht hat, sind von ganz besonderer, sehr unverständlicher Bedeutung für Deutschland. Das Blatt Gerlichs verzeichnet sie in vier Punkten:

1. Stelle und rückhaltlose Anerkennung der Selbstherrlichkeit der Bolschewistikkonferenz vom 13. März 1923 und völliger Bericht auf Offizialien.

2. Unterfütterung der polnischen These in der Wilnafrage, mit der Erlaubnis für Litauen, sich völlig und ohne Vorbehalt das Memelgebiet einverleiben zu können, um die litauischen Antipathien gegen Polen abzumildern.

3. Die Anerkennung der westlichen Grenzen Polens.

4. Im Falle eines Bürgerkrieges in Deutschland die Zulassung der Okkupation Ostpreußens und Danzigs durch Polen.

Der Nichtangriffspakt, das litauische Vorgehen gegen Memel — das sind Ereignisse, die dem hier dargestellten Land durchaus entsprechen. Sollten also auch die anderen Punkte: Wilnafragen, Danzig-Ostpreußen usw. stimmen? Der russisch-polnische Nichtangriffspakt enthält zwar keine Garantie der polnischen Behauptungen, aber das heißt nicht, daß die Rußland den Litauern im letzten Weichen auch jedenfalls dieser vom „Geraden Weg“ publizierten Geheimbericht außerordentlich bedenklich stimmen.

Verhandlungen oder Wirtschaftskrieg?

Wenn es wirklich zu neuen Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland kommt, läßt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawka“, dann wäre dies ein Beweis dafür, daß die Deutschen mit der Einführung des Maximaltarifs ihr Ziel erreicht und Polen zur Aufnahme neuer Verhandlungen gezwungen hätten. In einer halbamtlichen polnischen Verlautbarung heißt es: „Aus maßgebender Quelle erfahren wir, daß die polnische Regierung, falls die Reichsregierung diese Maximalzölle für den Import polnischer Waren nach Deutschland einführen sollte, sofort die durch die polnische Maximalzollerordnung von 1928 vorgeschriebenen Maßnahmen gegen den Export deutscher Waren nach Polen ergreifen würde.“ Reichskanzler Dr. Brüning hat dem polnischen Gesandten Wjocki die Zusage gemacht, daß der Maximaltarif Polen gegenüber keine Anwendung finden werde, solange noch die Möglichkeit bestehe, die gegenseitigen Handelsbeziehungen in normale Bahnen zu lenken. Wenn das Krakauer Regierungsblatt aus dieser Zusage Dr. Brünings folgern zu können glaubt, daß die Reichsregierung unabhänglich bereit sei, den Kaufvertragsvertrag — wenn auch mit Abänderungen — zu ratifizieren, so muß diese Schlussfolgerung als völlig abwegig zurückgewiesen werden. Im Polen hält man anscheinend immer noch an der Fiktion fest, daß der Kaufvertragsvertrag von Deutschland ansonderst angenommen worden müßte, und tut man immer noch so, als ob sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen der Vertrag gegründet war, in den vergangenen zwei Jahren nicht von Grund auf geändert hätten, und als ob man nicht selbst durch Sollerhöhungen, Einfuhrverbote usw. die handelspolitische Situation in grundlegend angelehrt hätte, daß es für den alten Vertrag keine Möglichkeit einer Inkraftsetzung mehr gibt. Von dieser Fiktion, daß der Kaufvertragsvertrag noch einmal aufleben könnte, wird sich Polen endlich frei machen müssen, wenn es mit Deutschland über Wirtschaftfragen verhandeln will. Auch dann, wenn er das tut, sind die Aussichten für einen Erfolg der Verhandlungen nicht besonders groß. Es gibt nur noch eine Wahl: Verhandlungen oder beiderseitige Anwendung der Maximaltarife, was einem völligen Abbruch der Wirtschaftlichen Beziehungen gleichkommen würde. Die Polen treten sich damit, daß Deutschland bei einer völligen Einstellung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs schlechter wegkommen würde als Polen, weil dieser Verkehr im letzten Jahre mit 44 Mill. Sloty (gleich 20 Mill. RM) für Deutschland aktiv gewesen ist. Auf der anderen Seite aber würde die Schließung der Grenze für die polnische Wirtschaft den Verlust des wichtigsten Abnehmers bedeuten. Deutschland hat im Jahre 1931 mit 315,2 Mill. Sloty, d. h. 1,8 v. H. mehr als über die Grenze in Polen, unmittelbar hinter England an zweiter Stelle in der Reihe der Käufer polnischer Waren gestanden, während Polen mit 359,2 Mill. Sloty nur 4 v. H. der deutschen Gesamtzufuhr aufgenommen hat. Der plötzliche völlige Verlust des deutschen Marktes wäre für die polnische Wirtschaft ein um empfindlicherer Schlag, als die starken Bemühungen, Erfolg für den schwindenden Export nach Deutschland in anderen Ländern zu schaffen, immer neuen, unerwarteten und unübersehenden Schwierigkeiten begegnen. Für Polen fällt ein Verlust des deutschen Marktes sicherlich schwerer ins Gewicht als für Deutschland der Verlust des polnischen Marktes, da die 20 Mill. RM, Aktivsaldo, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Ausfuhr überall zu kämpfen hat, für Deutschland keine ausfallgebende Rolle spielen. — Polen will verhandeln.

Während Danzig einer der besten Kunden Polens ist, werden in Polen förmliche Razzien auf Waren Danziger Ursprungs veranstaltet. Danzig hat auf Grund des Warschauer Oktoberabkommens von 1921, das die Wirtschaftsanktion der Freien Stadt Danzig mit dem polnischen Staate regelt, das Recht, die mit Polen gemeinsame Zollgrenze für den eigenen Bedarf im Auslande, also auch für Deutschland, bestimmte Warenkontingente einzuführen und Selbstkontingente aus dem Zollausland zollfrei zu Veredelungszwecken hereinzunehmen, unter der Bedingung, daß sie wieder ins Zollausland ausgeführt werden. Auf diese Bedarfskontingente und diesen passiven Veredelungsverkehr will Danzig, da sie für seine Wirtschaft wesentlich sind, natürlich nicht verzichten. Dagegen will Polen die Danziger Kontingente lediglich als vorübergehende Maßnahme über die Grenze in Danzig „mitgebracht“ Sonderrechte angesehen wissen. Es fordert dementsprechend, daß die bislang Danzig verträglich zugewiesene wirtschaftliche Autonomie aufgehoben und „die Freie Stadt mit Polen zolllos wirtschaftlich unifiziert“ wird. „Die polnischen Einfuhrverbote“, so heißt es in einer offiziellen polnischen Erklärung zu dieser Frage, „werden automatisch auch Danzig verpflichten, und die der Danziger Kaufmannschaft zugesicherten Kontingente würden nach dem neuen Handelsabkommen durch die polnischen Einfuhrzölle der freien Sirmen durch die Zuz- und Einfuhrzentrale des polnischen Handelsministeriums geschloffen.“

Polen behauptet, daß seine Handelsbilanz und seine Industrie durch die Danziger Kontingente geschädigt werden. Um diese angebliche

Schädigung zu verhindern, führen die Grenzkontrollstellen schon seit Monaten in den Vordangengebieten ganz Polens Zollkontrollen durch, bei denen die aus Danzig kommenden Waren unter dem Vorwand, daß es sich um unrichtig deklarierter polnischer Staatsgebiet eingeführte Kontingente- oder Veredelungswaren handele, beschlagnahmt und evtl. auch Strafen verhängt werden. Vielesuch werden die Warentransporte aus Danzig bereits an der polnischen Grenze verbrodet und registriert. Die Zollbeamten des Empfangsortes werden von dem Eintreffen der Waren in Kenntnis gesetzt. Die Zollkontrollen werden in der Weise vorgenommen, daß polnische Beamte während der Geschäftsstunden in die Vöden gehen, teilweise sogar eine Schließung des Geschäfts während der Kontrolle voranstellen, daß die erhaltene des Viehiers und Suktanten feststellen, ob Ware aus Danzig bezogen ist, kurzhändig die Suktanten bzw. die Waren beschlagnahmen und von den Sirmen Rückweise darüber verlangen, ob die Ware auf Grund einer Danziger oder polnischen Einfuhrbewilligung eingeführt ist, ob in solcher Ware, die in Danzig hergestellt ist, Danziger Kontingente enthalten ist oder ob die Ware aus dem passiven Veredelungsverkehr Danzigs stammt oder ordnungsmäßig verzollt wurde. Die polnischen Sirmen können naturgemäß diese Rückweise nicht fürchten, da die Waren aus dem Zollausland, nämlich von einer Danziger Sirmo, bezogen worden sind und nur die Danziger Sirmen den Überblick hat, welchen Ursprungs die Ware ist. Die Folge ist, daß die „unberechtigten“ Waren beschlagnahmt werden. Die polnischen Kaufleute, die Danziger Waren beziehen, laufen also häufig Gefahr, durch Beschlagnahme und Bestrafung schwere Verluste zu erleiden. Um das zu vermeiden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihren Warenbesitz aus Danzig einzuführen. Da es sich bei den polnischen Zollkontrollen um eine bewußte Schikane handelt, die den Zweck verfolgt, die Danziger Warenzufuhr nach Polen lahmzulegen, um das Danziger Gewerbe, das auf den Absatz nach Polen angewiesen ist, zu schädigen, geht schon daraus hervor, daß die Waren, die seit etwa einem halben Jahr beschlagnahmt werden, schon Jahre lang unbeanstandet von Danzig nach Polen eingeführt werden konnten. Allgemein besteht bei den polnischen Kaufleuten in Polen der Eindruck, daß ihnen jeder Bezug von Waren aus Danzig unterbunden werden soll. Es handelt sich bei den polnischen Maßnahmen um eine Verletzung des Vertrags von 1921, die Danziger Kaufleute von 1921, um eine praktische Ausführung der Sollentente zwischen Danzig und Polen.

Polen hat die Danziger Regierung vor die Wahl gestellt, entweder eine Sorkreisung der Beschlagnahme in Bezug zu nehmen oder keine eigene Sollerhöhung völlig um polnische Kontingente stellen. Die in dieser Angelegenheit am 28. Februar eingeleiteten Verhandlungen im 28. Februar ergebnislos abgebrochen worden, da die polnische Delegation trotz weitgehendem Entgegenkommen von Danziger Seite unannehmbar Sorderungen stellte, die darin gipfelten, daß Danzig jedes Eigenrecht in bezug auf die Danziger Handels- und Industrie-kontingente aufgeben sollte. Das würde, wie es in einer Mitteilung der Danziger Pressestelle heißt, bedeuten, daß polnische Organe Danzig über jeden Einzelverfall dieser Organe die Entscheidung der Danziger Wirtschaft nach ihren politischen Wünschen gestalten könnten, was das Ende der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs bedeuten würde. Noch während der Verhandlungen hat die polnische Regierung ihre bisher Danzig schwer schädigenden Maßnahmen nicht nur fortgesetzt, sondern in einer Weise verstärkt, daß man nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig zu sprechen kann. Die polnische Regierung hat am 2. März, beim Danziger Völkervereinungskomitee, einen Antrag auf Entschädigung in den Danzig-polnischen Sollertragsvertrag gerichtet. In dem polnischen Antrag wird u. a. behauptet, daß die Freie Stadt Danzig auf dem Gebiete des Außenhandels und der Zollfrage einen Standpunkt einnehme, der nicht mit den Vorschriften und Absichten des Versailles Vertrags und der Pariser Konvention vom 9. September 1922 in Einklang stehe. (*)

Der Zusammenbruch der polnischen Landwirtschaft.

Die Lage der polnischen Landwirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der Zusammenbrüche von Gütern steigt von Tag zu Tag. Der landwirtschaftliche Grundbesitzmarkt ist längst nicht mehr in der Lage, das riesige Angebot aufzunehmen. So kommen denn bei Zwangsversteigerungen Preise zustande, die einem Bruchteil des Wertes des Objektes entsprechen. Mangels jeden Versteigerungsschlusses wird der Zuschlag fast immer erteilt. Allein in der Freien Handel ist der Preis für den Morgen Acker erster Güte von 1250 auf 150 Sloty gesunken. Bei einer Reihe von Versteigerungen sind nicht mehr als 10 bis 12 v. H. der ersten Hypothek erzielt worden. Die Folge ist, daß die bisherigen Besitzer verlassen, sich irgendein Schicksal zu halten und das gesamte Vieh, das Inventar sogar die Grundstücke, die noch nicht verkauft sind, zu sich selbst. Im Krakauer Bezirk ist auf diese Weise eine Reihe von Gütern regelrecht ausgeplündert worden. Sogar die Stalltürme und die Inventarhäuser des Gutsgeländes wurden vor der Versteigerung verkauft.

Die Polen in Deutschland.

Der Polenbund zur Reichspräsidentenwahl.

In einem Leitartikel des oberösterrischen "Polenbundes", der "Reinigung Cobiennae", wird zur Reichspräsidentenwahl ausgeführt, daß die Haltung der Polen bei der Zerstückelung der deutschen Stimmen eine nicht geringe Bedeutung haben könne. Die politischen Verhältnisse in Deutschland seien nämlich derart, daß einige hunderttausend polnische Stimmen für die Wahl des künftigen Reichspräsidenten ausschlaggebend sein könnten. Nach einer Stellungnahme gegenüber den verschiedenen Präsidentschaftskandidaten heißt es weiter: "Hindenburg ist der demokratische und republikanische Kandidat. Seine Amtsführung läßt sich auf die Weimarer Verfassung. ... Wenn auch unter Schwierigkeiten und Hindernissen, wollen die Polen doch im republikanischen Staat ihr Polentum pflegen. Und der Kandidat der demokratischen Republik, wie wir das Reich im allgemeinen nennen können, ist Hindenburg. Es besteht in diesem Falle kein Wahlkampf. Jeder Pole weiß, daß er wählen gehen will, wenn dies tun. Wenn er zu Wahlzwecken geht, wird er seine Stimme nur für Hindenburg abgeben." Korjantow "Polonia" verlangt demgegenüber Wahlenthaltung der polnischen Wahlberechtigten.

Ein polnisches Gymnasium in Allenstein?

Nach Meldungen polnischer Blätter wurde in Ebern ein Projekt ergründet, das die Sammlung von Spenden für ein polnisches Gymnasium in Allenstein übernehmen soll, mit dessen Bau der polnische Schulverein schon in nächster Zeit beginnen will. Bekanntlich soll auch in Preußen ein polnisches Privatschulgymnasium errichtet werden, um den Angehörigen der polnischen Minderheit in Ostpreußen einen neuen kulturellen Stützpunkt zu geben.

Siegmund schreibt der "Nacht. Kurj. Coby." in Krakau u. a. folgendes: "Die polnische Bevölkerung in Ostpreußen ist in der Lage, als eigener Staat dieses Gebiet zu errichten (nämlich das Gymnasium in Allenstein), so müssen die Volksmassen im Vaterlande bestehen, lei es auch mit den kleinsten Geben. Die Schaffung dieses Vorpostens besitzt eine unermessliche Bedeutung für die Aktion unserer Volksgenossen, die in der preußischen Gefangenenschaft (?) verblieben sind, zur Wahrung des polnischen Geistes und der Sprache ihrer Väter." Die Polen in Deutschland verlangen also ganz offen die materielle Unterstützung ihrer Volksgenossen in Ostpreußen, die sie weder materiell in der Lage, noch von ihnen erlebte Minderheitsgeschicks zu schaffen, noch befinden sich in ihrer Mitte die geistigen Kräfte, die inländische wären, die gelebte Aufgabe zu lösen. Mit Geldern und Menschen, die aus dem polnischen Staatsgebiet bezogen werden, wird eine nationale Minderheit in den deutschen Grenzgebieten großgezogen, die man nicht anders als künstlich bezeichnet und der man nur höher ein Versehen einräumen kann. In welchem Gegensatz zu diesem offener Eingelassenheit sozialpolitischer Hilfe für das Schmelzen der polnischen Volksteile in Deutschland hebt die unaufrichtige Seite der Polen gegen die deutschen Minderheitsschulen des polnischen Staates, denen sie staatsfeindliche Gesinnung vorwerfen, weil sie angeblich von reichsfeindlichen Stellen finanzielle (sowohl aber personelle) Unterstützung erhalten. Die Polen fordern also für sich als selbstverständliches Recht, was für der deutschen Minderheit drüben grundsätzlich verweigert.

Polnische Tugenden.

Polnische Zeitungen haben die Nachricht vorbereitet, daß ein polnischer Verbreiter einer Minderheitschule im Kreisje Allenstein von Nationalsozialisten ermordet sei. In ähnlicher Stelle sind dieser Nachricht sofort nachgegangen und haben folgendes festgestellt: In Djalants in Kreisje Polzeng ist ein polnischer Verbreiter in dem Alter von 65 Jahren vor ein Schwindluder verstorben. Es sieht einmündig sehr, daß keinerlei Schlagerei fasszugeben hat und daß der Verbreiter noch seinem Tode in keiner Weise bedroht war. Polnische Zeitungen haben also einfach den Tod eines polnischen Minderheitslehrers zur Verbreitung einer neuen inländische Tugend benutzt.

Ein beachtliches Eingeständnis.

Die "Polonia" Korjantow brachte einen Artikel über die Lage der polnischen Minderheit in Preußen (Deutsch-Ostpreußen). Das Blatt ist mit dem Ergebnis seiner Beobachtungen nicht zufrieden. In Wuthen-Rohberg, so heißt es in dem Artikel, seien in diesem Jahre nur drei Kinder zum polnischen Kommuinationunterricht angemeldet worden; noch vor wenigen Jahren hätten fünfhundert Schüler zum polnischen Unterricht zugehörten. Als Ursache dieser Erscheinung bezeichnet das Blatt natürlich "die perfide germanisierende Politik" und die Unfähigkeit der östlichen polnischen Organisationen, die das Polentum nicht richtig zu führen verstanden. In diesem Zusammenhang wird dann auch die Meinung ausgesprochen, daß es bei einem beratigen katastrophalen Rückgang der Kinderzahl in den polnischen Minderheitsschulen die Errichtung eines polnischen Gymnasiums völlig überflüssig sei. Trotz dieser Einsicht wird meinhens zunächst noch für das in Preußen geplante polnische Gymnasium eifrig gesammelt.

Unter den Klängen der Champagnergläser.

Wir berichten schon vor einiger Zeit von dem Zusammenstoß der Polen in Deutschland, die mit der Zeitung des "Polenbundes" unzufrieden sind und — offenbar unabhängig voneinander — im Kreisje Stuhm einen "Preußisch-polnischen Bund" gegründet haben und in Berlin ein neues Blatt, das "Glos Polki" (Berliner) erscheinen lassen. Die Verwirrer, die diese Angehörigen der polnischen Minderheit gegen die "Polenbewegung", das "Glos Polki" in der Welt, richtend, bringen sich einmal auf die soziale Stellung, die die Polen in Deutschland gegenüber Deutschland, und dann vor allem auf die finanzielle Miswirtschaft, die in den führenden Kreisen des "Polenbundes" herrscht. Was durch den "Glos" über die Gelder des "Polenbundes" aus Cogatist kommt, ist deshalb so interessant, weil es unmöglich erscheint, daß so wenig ihre Gehälter von einer Organisation aus eigener Tasche bezahlt werden können, die — an sich nicht allzu stark — größtenteils aus armen Ostpreußen besteht für die unglücklichen "Kulturleuten" immer große Summen auswerfen muß. So schreibt der "Glos" z. B.: "Der Hauptgeschäftsführer des "Polenbundes" soll 800 RM. Gehalt, 1200 RM. Repräsentationszulagen, 300 RM. für die Wohnung, zusammen 2300 RM. (im Monat) haben; für Reisen Fahrkarte 2. Klasse und 20 RM. Cagage; Angehörige sollen kann man sich folgen vorstellen, wieviel die letzten Cagage der Herr Dr. Kaczmarek für seinen dreimonatigen Aufenthalt im Auslande bezogen haben. Ferner ... sagt man von Herrn W. S. S. S. S. S., der durch seine dauernden Reisen bekannt ist, daß er 600 RM. Gehalt, 200 RM. Repräsentationszulagen, 160 RM. Zulage für die Wohnung, zusammen 960 RM. haben soll. Es ist auch kein Wunder, daß Herr Welomski fortwährend herumreist, denn er soll hierzu 20 RM. Cagage und freie Bahn 2. Klasse haben, obgleich man ihn 3. Klasse reisen liebt."

An anderer Stelle heißt es: "Wenn wir die Gehaltswerte überbläuen, die der Kassierer der Zentrale des "Polenbundes, Herr S. S. S. S. S. S., monatlich haben soll, so sollen sie betragen: 400 RM. Gehalt, 50 RM. Familienzulage, 50 RM. Wohnungszulage, 50 RM. im 1. Februar 1932 für die "Arbeit" der aus der Zentrale entlassenen Kohler, 170 RM. für Autosparen, zusammen also 720 RM. Die Höhe dieser Vergütung verstehen wir nicht, aber wir verstehen, daß die wenigen, die von der Arbeitslosigkeit noch nicht befreit sind, oder die größere selbständige Geschäfte haben, ebenfalls sich den Beitragszahlungen zu entziehen beginnen, da sie sehen, daß das "Verwaltend des "Polenbundes" sowieso verfallenden wird, der mehr in Sozialen noch überhaupt in irgendeiner Verbindung etwas dient."

Auch andere mancher polnischen "Kulturleuten" im "Glos" ganz interessant zu berichten. Da ist ein K. S. S. S. S., ein Pole aus Weßfallen, Schloßer von Beruf, der seine Kaufbahn als Filialdirektor der Bank Preußensollmann begann, nach deren Bankrott in der Verwaltung der Jugendzeitschriften des "Polenbundes" auftauchte, von Kaczmarek dann zum Direktor des "Preußener "Kotolik" mit einem Monatsgehalt von 800 RM., freier 6-Zimmerwohnung und eigenem Auto besetzt wurde, um schließlich nach der Liquidation des "Kotolik" gegen "Glos" zu dem "Kotolik" in Oppeln hinüber zu wechseln. — Eine andere Größe ist S. S. S. S. S., Maler von Beruf, zunächst als Hilfslehrer in Ebern ausgebildet; er fing in der "Bank Robotnik" seine "Polenbundesarbeit" an, wurde mit einem Monatsgehalt von 800 RM. und freier 5-Zimmerwohnung zum Leiter des Landesverbandes Schließen im "Polenbunde" ernannt, mußte diesen Posten aber vor einem Jahre verlassen, um als Direktor der "Bank Robotnik" nach "Borum" zu gehen. Auf seinen Namen ist das "Polnische Haus" in Oppeln, das der "Polenbund" vor einigen Jahren für 125 000 RM. (1) gekauft hat, nominell eingetragten, ebenso kommt der Aufschwung in diesem Hause auf seinem Namen. Stepaniak ist also, wie der "Glos" anführt: Maler, Bankdirektor, Hauseigentümer, Restaurateur, Landesverbandeleiter a. D. und Inhaber von 2/3 der Gesellschaft der "Kotolik" in Oppeln — „vor allem aber: Freund des Dr. Kaczmarek!"

Zu den "Vormütern" des "Glos" gegen die großzügige Geldausgabe des "Polenbundes" paßt ausgezeichnet die Ankündigung eines Winterertragnisses des polnischen Sportvereins in Berlin, die in dem hauptgeschäftlichen Organ des "Polenbundes", dem "Dziennik Berlinski" erschienen war. Der sportive Club des Karnevals wird der demnächst stattfindende "Ball der "Polnischen Sportklubs" sein. Blumende Saaldekoration, tauschköpfige Volksmassen, lustige Frauen, durch Schönheit und Vornehmheit unverfälschte Toiletten, leuchtig Blut und heiße Liebe, bezaubernde Stimmung und ein Skandalöses ... Musik ... Can-can ... Nacht ... Santa-Puccia-Canço — polnische Cänge — werden wertvolles die Senilation der Saison sein. Ein toller Vergnügungstheismus unter dem Klängen der Champagnergläser ... und schließlich Strichmusik ... werden uns bis zum nächsten Winter erheben ... und am nächsten Morgen in Kottersammlung für den "Dziennik Berlinski" einen Artikel über die fürstbare Not der armen Polen in Deutschland schreiben.

Der Ostbund hilft Dir!

Wiltet Du ihm helfen? Dann wird Mitglieder für ihn und Laster für sein Ostland — Datscher fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache

Polnische Minderheitenpolitik.

Vertreibung katholischer deutscher Ordensschwestern.

Die Gemeindeverwaltung in Ruda in Oberschlesien hat das jüngsten ihr und der Kongregation der Barmherzigen in Trebnitz seit 60 Jahren bestehende Vertragsverhältnis, nach dem die Barmherzigen die Wohnung und Erhaltung des Gebäudes in Ruda erhalten, unterbunden, gekündigt und die Wiedereröffnung der Schwestern muß am 1. April d. J. aufgehoben werden, die Schwestern selbst werden nachweislich, da sie sich binnen so kurzer Zeit nicht irgendwo anders niederlassen können, Oberschlesien verlassen müssen.

Ein triftiger Grund für die Kündigung des Vertragsverhältnisses liegt nicht vor. Zwar befindet sich in Rudaohammer, einem Anhängel der Gemeinde Ruda, ein großes, nicht voll ausgemietetes Knappholzlager, das berührt dadurch geworden ist, daß es bei der Grenzschließung den Polen nur dadurch zugestanden werden konnte, daß die Kommission einen tiefen Einschnitt in beidseitiges Gebiet machte und die Hauptverkehrsstraße zwischen Glatz—Hindenburg—Bautzen verachtete, so daß von Deutschland am das Lager herum in der Gegend eine Umgehungsstraße gebaut werden mußte, aber die Unterbringungs- und Verpflegungskosten in diesem Lager sind immer viel höher gewesen als im Gemeinderankenhaus, so daß die Gemeinde Ruda, wenn sie ihr Krankenhaus schließt, erheblich höhere Zuschüsse wird leisten müssen als bisher. Die Schwestern haben neben der Krankenpflege noch umfangreiche soziale und karitative Aufgaben unter der Inhabereinerkennung erfüllt, Hauskrankpflege betrieben, eine Kleinkinderklinik, eine Ferienkolonie, eine Näh- und Handarbeitslehrer für Arbeitermädchen erteilt und dadurch der Gemeinde erhebliche Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke erspart. Aber gerade diese enge Verbindung der aus dem Mutterhaus Trebnitz entstammenden Schwestern mit der Bevölkerung scheint den polnischen Stellen ein Dorn im Auge gewesen zu sein und zur Vertreibung in der Hauptsache beigetragen zu haben. Das Krankenhaus wurde 1871 von dem Grafen Wallerstein, dem späteren Jahreskongressorden und Reichspräsidenten, gestiftet und 1917 der Gemeinde als Stiftung übergeben mit der Auflage, daß es von den Barmherzigen — die seit Anfang an im Hause waren — weiter verwaltet und geleitet werden sollte. Dieses Vermächtnis des Stifters haben die Polen jetzt mißachtet. Die Deutsche Regierung sollte zur Abwendung der Gefahr, daß sämtliche Ordensvereinigungen deutscher Kongregationen über kurz oder lang Oberschlesien verlassen müssen, prüfen, ob durch die Kündigung der Barmherzigen in Ruda nicht eine Vertreibung der Artikel 84—90 der Senfer Konvention vom 15. Mai 1922 erfolgt ist.

Polnische Justiz.

Am 21. Februar fand vor dem Verurteilungsgericht in Kattowitz die Verhandlung gegen vier Mitglieder des Aufständischen Verbundes statt, die während der Wahlen im Herbst 1930 in einem Gasthause in Kattowitz den 64 Jahre alten Tischlermeister Hobeisel, einen Angehörigen der deutschen Minderheit, überfallen und in behelflicher Weise mißhandelt haben, weil er angeblich den Aufständischenverband beizugehört haben sollte. Hobeisel soll gefoltert haben, daß Jüngens, die während der Aufstände bei Muttern hinter dem Ofen saßen, nun in Aufständischenuniform herantrottelten und sich großtaten. Diese Äußerung versetzte den ausländischen Referentenunterleutnant derart in Wut, daß er fortging, mehrere Aufständische in Uniform herbeizuholen (allein nur ihm die Sache zu rücken) und dann dem Hobeisel im Lokal mehrere Schläge ins Gesicht erteilte und von ihm eine Geldstrafe verlangte. Hobeisel erhielt einen Schlag mit einem Bierglas auf den Kopf. Er verließ das Lokal, wurde von den Aufständischen verfolgt und außer der Straßendärmit mißhandelt, daß er bemühtes Liegenblieb. Der Arzt stellte einen Schädelbruch, Bluterguß in die Augen und andere Verletzungen fest. Infolge des Blutergusses trat auch eine Fungensentzündung ein, und Hobeisel ist nach mehrmaligem Krankliegen ein gebrochener Mann geworden, der völlig arbeitsunfähig ist. Das Gericht der ersten Instanz hatte die angeklagten Nohling freigesprochen. Die Berufungsinstanz verurteilte, mit der Vorrede sagte, „Schweren Herzens, angeichts ihrer Verdienste um den polnischen Staat“, die vier Aufständischen zu je zwei Monaten Gefängnis. Der Vorhörer sagte, das Gericht ließe auf dem Standpunkt, daß die Angeklagten das Recht gehabt hätten, auf die Verletzung des Aufständischenverbundes zu reagieren, doch hätten sie die angemessenen Grenzen nicht überschritten sollen. (H)

Am Wortschauer Sejm erklärte der Führer der Sozialdemokraten, Kiedziakowski u. a.: „Das Reichsbewußtsein in Polen liegt heute in Ruinen. Der Cobolsch für dieses Reichstagsgesetz war die Ursache, daß der Prokurator von Breslau Aufständischer geworden ist.“ Der Redner schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Unsere nächsten Schritte erheben sich heute. Polen geht mit Riesenschritten einer Katastrophe entgegen.“

Reichsdeutsche Kinder in polnischer Schule.

Die deutsche Volksschule in Klobitzien, Kreis Rothbarth (Pommern), wird von 16 reichsdeutschen Kindern besucht, deren Eltern inwieweit für Deutschland optiert hatten. Am 24. Februar wurde den Kindern von Eltern erklärt, daß sie die deutsche Schule nicht mehr besuchen dürfen, es sei ihnen aber gestattet, in die polnische Schule einzutreten. Gründe für diese Maßnahme sind nicht angegeben worden. Raumangel kommt jedenfalls nicht in Frage. Das Vorgehen der polnischen Schulbehörde ist um so unverständlicher, als die reichsdeutschen Eltern auch Schulleiter jobben müßten.

Konjessionsentziehungen.

Das deutsche Schlichtungsamt ist mittels der „Verordnung über die Verminderung der Zahl der Schankstätten“ in Polen und Pommern bis auf wenige Ausnahmen völlig vernichtet worden, 95 v. H. aller deutschen Schalktirme in diesen beiden Provinzen ist seit 1920 die Schankkonjession genommen worden. Alle Proteste haben nichts gebracht. Trotzdem hat die Zahl der Schankstätten nicht abgenommen, es sind im Gegenteil für eine zinsgesehe deutsche Konjession oft zwei neue Konjessionen an Stelle ausgeben worden. Die deutschen Schalktirme sind durch die Konjessionsentziehung gezwungen worden, ihren Besitz weit unter Wert zu verkaufen oder einen polnischen Pächter heranzubringen; das ist nach dem Zeugnis chowinischer polnischer Blätter der Zweck der Konjessionsentziehung gewesen. Es wird bemerkt werden, daß auch die Deutschen in Bromberg, Graudenz, Thorn, Polen und anderen Orten keine Schankkonjession mehr haben. Man hat sie ihnen ohne Angabe von Gründen genommen. Besonders rigoros ist man in unmittelbaren Grenzgebiet vorgegangen. An Deutschen Windmühl, Gartzkau, Krosch und polnischen anderen Grenzstädten gibt es nicht ein einziges deutsches Gasthaus mehr. Die Konjessionsentziehung hat noch andere Hintergründe. Die deutschen Schank- und Gaststätten werden als „Zufluchtsort des Deutschtums“ angesehen, die dem Deutschtum Mittelpunkt sind und auch „geeignet“ sind, Polen der Germanisierung zuzuführen. Die andere polnische Monopolverwaltung, das Katakonomopol, vergibt an Deutsche überhaupt keine Konjession, so daß auch der deutsche Zigaretten- und Zigarettenhandel vollkommen zum Erliegen gekommen ist.

Sternenschlaf für Pfl.

Am dem seit über zwei Jahren lebenden Streit um die Steuer des Primen Pfl., der auch den Völkerbund befähigt hat, wurde von der Steuerberufungskommission für den Bezirk Kattowitz die ursprüngliche Steuer auf etwa 125 Millionen im Jahr 1930 auf die Hälfte herabgesetzt. Da Pfl. bereits auf Grund eigener Einschätzung etwa 5 Millionen gezahlt hat, bleibt noch ein verhältnismäßig geringer Rest zu zahlen. Die große Steuerforderung Polens an Pfl. kam durch Aufrechnung angeblicher Rückstände aus dem Jahre 1925 bis 1929 zustande. Gegen Pfl. der sich fähig für das Deutschtum einsetzt, wurde bekanntlich mit sehr rigorosen Zwangsmaßnahmen, zu denen auch die Pfändung der Vohngelder für die in den Pfl.ischen Erben beschäftigten Arbeiter gehörte, vorgegangen.

Deutscher Wählerjob in Oberschlesien.

In Pflschon im Kreise Rybnik (Oberschlesien) wurden die Wahlen zum Gemeinderat am 2. März 1930 abgehalten. Sie brachten einen Erfolg der deutschen Wählergemeinschaft. Sie brachten 513 Stimmen abzugeben, die drei Mandate erzielten. Die auf sie vereinigte Stimmenzahl war die größte aller Parteien. Bei den Wahlen zum Wortschauer Sejm im November 1930 waren in Pflschon unter dem ausgeübten Druck für die deutsche Liste nur 181 Stimmen abgegeben worden.

„Königreich Polen-Rumänien.“

Der sozialistische „Robotnik“, das Parteiorgan der polnischen Sozialisten, berichtet, daß in Warschau eine Verammlung von Mitgliedern des konservativen Bündels des Regierungsblocks stattgefunden hat, die sich mit der Frage der Umwandlung der polnischen Republik in ein „Königreich“ befaßt haben soll. Die jüngste Tochter des Marfalsch Pilschick soll mit dem Kronprinzen Michael von Rumänien verheiratet werden, um ein „Königreich Polen-Rumänien“ unter einem Stern zu vereinigen. Der „Robotnik“ macht sich über diese Verammlung und ihre Pläne lustig. Die Namen der führenden Persönlichkeiten der Monarchisten nennt das sozialistische Blatt nicht, sondern deutet sie nur durch die Anfangsbuchstaben an.

Der Gedanke einer Umwandlung Polens in eine Monarchie wird seit einiger Zeit in Kreisen des Sancia lebhaft diskutiert. Erst unlangt kam wieder die diesbezüglichen Pläne des konservativen Bündels endlich einer Sitzung des Verfassungskonstitutes des Sejm zur Sprache, nachdem sie bereits vorher im Welscher Droych eine Rolle gespielt hatten. Immerhin ist noch Werden bis zur Kat ein weiterer Weg, und es dürfte noch viel Wasser die Weisheit hinunterfließen, bis die polnischen Monarchisten ihr Ziel erreicht haben — wenn das überhaupt jemals geschieht!

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Gieseler und Dr. Franz Lidtke
Verlag Deutsche Ostland G. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 3

Berlin, den 11. März

1932

Überfall auf Ostpreußen.

Im Verlage Gerhard Stalling, Oldenburg i. O., ist ein Buch erschienen, das Aufsehen und Erregung hervorgerufen hat: „**Achtung! Ostmarkenrandpunkt Polnische Kruppen haben heute nacht die ostpreussische Grenze überschritten.**“ (Von Hans Kraus a. M. Preis geb. 2.— M.) Die Kriegsdrohungen Polens anlässlich der Jahrestagung der Bratonia Pomoc in Danzig und die Ereignisse im Allemande geben die Zukunftsperspektive eines polnischen Überfalles auf Ostpreußen und Danzig die Bedeutung einer aufrüttelnden Mahnung an Volk und Regierung, auf der Wacht zu sein und Vorbereitungen zu treffen, um das Schlimmste von der Isolierung deutschen Inself im Nordosten abzuwenden zu können. Es bringen nachstehend ein kurzes Kapitel aus dem Buche Hans Kraus. Die Schriftleitung.

Der erste Schuß.

Der Wirt des Gasthauses „Polonia“ heißt Georg Kemki. Er ist in Soldau geboren und aufgewachsen. Gehört er bei den Echten Jägern, hat dort das Eisenerz Kreuz und die Unteroffiziersstelle erworben. Mächtig seine Sache riefst und schlacht, ist nirgends auf, war Altersfreund und niemandem gram. Die ganze Welt war ihm egal, wenn man ihn nur in Ruhe ließ.

Und als er nach dem Kriege das väterliche Gasthaus übernahm und Soldau plötzlich polnisch wurde, nahm er das mit der Gleichgültigkeit und beinahe Interessiertheit hin, die nur dem Deutschen möglich ist. Wo verdrieht er, da kann man auch leben, dachte er und fügte sich gut in die veränderten Umstände ein. Als man von ihm verlangte, daß er sein altes Gasthauschild „Zum schwarzen Adler“ herantreiben und dafür ein weißrot verzieres mit der Aufschrift „Polonia“ anhängen mußte, schimpfte er sehr über die Kräfte, die das durchzudenken. Aber eigentlich war ihm das auch bald egal, denn von dem Augenblick an verkehrte die ganze polnische Beamtenenschaft bei ihm, und der Umsatz stieg.

Er heiratete eine Polin, die Kinder wurden polnisch erzogen und sprachen nur schlecht deutsch. Er ließ — na, er dachte eben nicht daran.

Am 21. Juni 1932 herrschte im „Polonia“ Hochbetrieb. Einquartierung. Zwei höhere Stäbe liegen bei ihm, gefessen wird seit Mittag, daß die Gardinen knattern, eine Mordebsche wird das geben. Mit Interesse und Sachverstand blickt sich Georg Kemki das militärische Leben.

Ruhr nach 21.30 Uhr ist der Leutnant los. Alles steht in einer Aufregung hin und her, die durch die übliche Manöverpläne nicht genügend gerechtfertigt erscheint. Auf der Straße, die sich vor dem Gasthaus platzartig erweitert, hört Kemki starkes Autophusen und das Geräusch vieler aufsehender Kraftwagen. Als er resigniert herantritt und sich die Volkstruppenkolonne blickt, wird er sehr aufmerksam. Da merkt er aus den Volkstruppen große Packen ausgehen. Die Packen werden aufgemacht. Er sieht, es ist schwere Munition. Da fahren schon andere Fahrzeuge daneben, die diese Munition übernehmen.

Georg Kemki geht nach seinem Gasthaus zurück. In ihm ist ein ganz fremdes, neues Gefühl. Ein Gefühl, über das er sich nicht klar wird, oder anders ist ihm — nach ist es in ihm. In einer Gruppe Soldaten muß er sich vorbeibrücken, es nimmt ja alles auf dem Platz, da sieht er, wie diese Soldatengruppe gerade mit hochroten Köpfen, mit viel Geräusch und Hallo ihre Platzpatronen aus den Taschen nimmt und in den Strofbereich wirft.

„Was macht Ihr da?“

„Es gibt heute bessere, Kemki, wir fahren höheren nach Königsberg heute nacht“, sagt ein ihm bekannter Unteroffizier.

Der Wirt geht in sein Haus, schnell, als hätte er dringende zu tun. Was ist mit ihm? Was denkt in ihm, was bewegt ihn? Weiß ich ihm, wirgen will ihm etwas.

Georg Kemki, der polonisierte Wirt des „Polonia“, der seit zwanzig Jahren an das Wort „Deutschland“ nicht mehr dachte, weiß plötzlich glasklar, was er zu tun hat.

In das Haus. In die Telefonzelle. Zwei Gebanken: Sicher haben sie die Leitungen nach Ostpreußen schon gesperrt, ich muß über Polen nach Frankfurt sprechen. Der andere: Wenn ich hier spreche, wird man es im Lokal hören, man wird mich mindestens hören, daß ich deutsch spreche.

„Frankfurt a. d. O. Polizei.“ Etwas anderes fällt ihm nicht ein.

„Wie? Ja... Es haben ganz richtig verstanden: Frankfurt a. d. O. Polizei... dringend!“

„Aber er wußte diesen Gedanken unmöglich fort — er weiß, daß er dann etwas anderes, noch Strimmigeres tun, dem General dort an die Reble bringen oder Ratting in die Bierfässer werfen wird. Klingelt Kemki ist schon wieder in der Zelle, zieht die Tür hinter sich zu...“

„Bleibst... wahrscheinlich ist die ganze Grenze gesperrt. Vielleicht kann ich... brauch ich nicht zu telefonieren...“

„Aber er wußte diesen Gedanken unmöglich fort — er weiß, daß er dann etwas anderes, noch Strimmigeres tun, dem General dort an die Reble bringen oder Ratting in die Bierfässer werfen wird.“

„Klingelt Kemki ist schon wieder in der Zelle, zieht die Tür hinter sich zu...“

„Hier kommt Frankfurt...“

Kemki schreit auf deutsch:

„Hallo... Frankfurt! Ist dort die Polizei?“

„Hier Polizeipräsidium Frankfurt. Was wünschen Sie?“

„Aufpassen — ich spreche aus Soldau — die Polen werden heute nacht...“

Neben der Zelle steht mit einem Kognakglas in der Hand ein polnischer Wachtmittel. Er hört deutsch sprechen. Er braucht eine Weile, bis er merkt, daß dies nicht sein darf, dann macht er leise die Tür auf — nimmt seinen riesigen Armeerevolver und schlägt dem Kemki mit voller Wucht den Kolben auf den Kopf.

Kemki macht mit der einen Hand eine verpönte Abwehrbewegung, sinkt zusammen, seine Lippen formen noch ein Wort — ganz leise schon — unbenutzt und ungemollt schon — ein Wort, das er zwanzig Jahre lang nicht mehr ausgesprochen hat... „Deutschland.“

Da schreit ihm der Wachtmittel eine Kugel durch den Kopf.

Das Geleichenräumlein auf dem Polizeipräsidium in Frankfurt weiß nicht recht, was je mit diesem Anruf, mit diesem unverständlichen Satz, der durch ein hartes Knacken unterbrochen und abgebrochen wurde, anfangen soll. Schließlich ruft sie den Bereitschaftsführer an. Auch der weiß keinen Rat. Sie soll aber auf alle Fälle in Soldau anrufen und sich nach der Nummer erkundigen.

„Keine Verbindung mit Soldau, keine Verbindung mit Polen zu bekommen.“

„Da meldet der Bereitschaftsführer den Vorfall nach Berlin. Dort kann man nur die Ahlsen waken.“

„Vielleicht ein dummer Wis...?“

Schließlich meldet man dem Reichswehrministerium. Der Offizier vom Dienst erhält die Nachricht um 12 Uhr 30 Minuten.

25 Uhr.

Grenzübergangspost Garsene. Ein graues, großes Auto, das trotz der Kälte, warmen Nacht ein Altwettererdeck trägt, fährt an den deutschen Schutzbauern und hält dort. Ein deutscher Zollbeamter kommt müde und langsam aus der Zollluke, tritt an das Auto, wo eben eine Tür geöffnet wird und ein Mann herauskriecht.

„Bitte den Paß“, sagt höflich der Beamte und legt die Hand grüßend an die Mühe.

„Bitte...“, sagt der Mann und faßt in seinen langen grauen Regenmantel, „bitte...“, sagt er nochmal und hat dabei blitzschnell eine Pistole aus der Tasche gezogen, schlägt mit dem Schwanz gegen die Stirn des vollkommen wehrlosen Beamten. Der knickt zusammen — ohne einen Laut.

Drei — vier Männer sind jetzt nach aus dem Auto gestiegen und laufen zur der Zollluke. Den dort am Tisch Karten spielenden drei Zollbeamten treten vier Diktorenläufe entgegen. Hände bebend ist.

Die Gefangenen werden gefesselt. Das Telefon wird durchgeschlitten. Draußen kurbeln viele Mann die Zollstranke in die Höhe. Das Auto wendet, die Scheinwerfer gehen aus — an — an — an. Man hört jetzt Motorengeräusch. Zunächst flitzen fünf Motocyclen mit Begleitern in voller Fahrt am Zollhaus vorbei. Man hört sich zu. Dann härteres Motorengeräusch — ein Panzerwagen. Nach wenigen Augenblicken folgen fünf weitere Panzerfahrzeuge. Ihnen schließt sich das Personauto an. Ein Mann blickt bei den auf dem Boden des Hauses gefesselt liegenden Gefangenen zurück.

Ditpreußische Schmaokosterverse.

Von Carl Otto Koffias.

Ofern! Drängen sich da nicht gleichzeitig in unsrer Erinnerung der Begriff „Schmaokostern“ und weiterhin die Vorstellungen von Eiern und Speck und Kuchen?

Ein halbes Jahrtausend geht die Sitte des Schmaokostens zurück, verankert in der Ordenszeit, regelmäßig gefeiert von ältester, über Großvater's Zeiten hinweg und auch noch heute auf dem platten Lande und selbst in der Stadt. Welche Bedeutung legte man diesem Schmaokostern bei? Sinesieren? Sinesieren heißt die Augen zu schließen, am Palmsonntag zu Verwandten und Bekannten, um ihnen die Süße zu „bespalmen“. Sollte doch diese Handlung eine Abwehrmaßnahme gegen die verurteilten Süße sein.

Der Hauptort für das Schmaokostern bildete nördwestlich der Ostermontag. Segen in Haus und Hof, Geinigen, Gesundheit sollen durch die Kutenschläge auf die hingeworfenen Hausinjollen übertragen werden. Für diese auch oft recht süßbittere Segensübermittlung ließen es sich die Hausfrauen nicht nehmen, die „Schmaokostern“ zum Dank zu bewirten oder zu beschenken.

Ärmliche Kinder und alte Frauen haben dann vielfach diesen sinnigen Brauch zu Osterbesuchungen umgewandelt; dergleichen hat auch das Gedichte diese Segensfeierzeit dazu benutzt, sich bei seiner Herrschaft durch das Herablassen eines Segensgerätes eine Gabe zu erwirken. Einige von diesen Bettelreimen und Ostergerätsmährchen sind aus unserem Osterpreußen zu dem Verfasser gesammelt worden und seien an dieser Stelle in Erinnerung gerufen:

Zum Schmaokostern komm ich her,
Um müsch einen guten Morgen!
Klapps auf die Fuß, geht Eier her,
Sie können sein schwarz, grün, blau, rot oder auch ganz weiß,
Ich nehm sie alle mit dem größten Dank und Preis.
Sind keine Eier, dann schenkt mir ein Stück Speck;
Bekomm ich nichts, so geh ich nicht weg!

Zum Schmaokostern komm ich her,
Winisch einen guten Morgen!

Eierlauf, — — —
Bringt Eier her!
Schwarze, rote oder ganz weiß,
So nehm ich sie mit Dank und Fleiß,
Sechs Eier at a Maß,
Sechs Glöde at a Voode,
Heims Brautmeins on a Defsch,
3 mi lewe alle frest!

Ein majuscher Osterbettelvers ist uns in folgender Fassung überliefert:

Gibt mir ein paar Eierlein,
Dann werd ich auch recht dankbar sein!
Doch wenn ihr schenkt zwei Paare drei,
hark ich Holz vor eurer Tür.
Geht ihr gar der Paare drei,
läuft ein bunter Bull herbei.
Krieg ich vier Paare oder mehr,
kommt ein Schwiegersohn her,
reißt auf södmen braunem Pferd
gleich zu eurer Küchler merz;
Nicht auf totem Sattel ein,
geschmückt mit buntem Bänderlein,
ist gewiß der beste Mann,
den ein Mädchen kriegen kann!

Herr und Frau in diesem Haus,
die werden gut und freundlich aus;
sie sehn mit den Schüllein klingen
und die Ostergebäckchen.
Der eine von uns darfuch sein,
der andre mit nackten Beinen sieht;
Drum geht uns, geht uns, geht uns bald,
der Frost ist groß, die Füße sind kalt.

Der Alte vom Lande.

„Wollt ihr Leute finden, die einen eigenen Kopf, müssen den Sektieren und eine eigene Art zu denken haben, müßt ihr aufs Land gehen!“, sagt Seherden in seinen Skizzen vom Lande. Je mehr sich aber der Osten polonisiert, desto weniger kerulische, deutsche Typen und ursprüngliche Originale wird man finden.

Unser alter Schäfer Marquardt war ein typischer Westpreuße. Weißhaarig über hoher Stirn, blühende Augen unter dufeligen Augenbrauen, breite, etwas gebogene Nase — so schritt er schon zu meiner Kinderzeit den Schalen voraus. Vertraut mit allen Heilkräutern, unerbittlich in seiner Meinung, galt er etwas ruhmlos im Lande Erzbischof oder ein katholischer Frau hatte, ließ sich fromm und streng an die „polnische“ Kirche hielt, verstand er es vorzüglich, jeden polnischen Einfluß von seinem Hause und all seinen ewangelisch getauften Kindern fernzuhalten und doch ein besonders herzliches Familienleben zu haben. Er mochte einen dicken Strich jüdischen Religion und Rationalität — und das war schon in damaligen Westpreußen nicht leicht.

Ein Ereignis hoch sein Ansehen noch mehr: Der katholische Pfarrer hatte als „Strafe“ für die ewangelische Taufe des jüngsten Kindes bei seinem alljährlichen Weipreßfest des Schäfers Hans ausgelassen und der Frau die Kommunion verweigert. Sag und Recht meinte ich! Da ich man eines Tages den alten Marquardt durchs Dorf klapfen; seine Bibel unterm Arm, verlangte er von dem katholischen Pfarrer, ihm aus Gottes Wort die Stellen zu weisen, wonach ein Seelenhirt sich das Recht nehmen darf, einer frommen Seele die Segnungen der Kirche zu verweigern! Es soll ein harter Kampf gewesen sein, in dem der bibelsteife Mann den Pfarrer immer mehr in die Enge trieb. Er soll dann, so erzählt man sich, zum Schluss dem Pfarrer die Hand gereicht haben: „So, Herr Pfarrer, in drei Tagen ist Sonntag. Geben Sie meine Frau bis dahin nicht zugelassen zur Kommunion in Ihrer Kirche: So wahr es nur einen vergebenden Gott gibt über beide Kirchen: so geht meine Frau Sonntag mit mir zum e n g e l i s c h e n Abendmah!“

Es war nicht nötig! Die Frau wurde zugelassen. Dieser Akt der Unerschrockenheit aber, der die Gemüter mächtig bewegte, war eine Stärkung für das Deutschtum, das schon damals in stetem Kampf lag mit dem nachrückenden Polentum.

Und man mir gar nichts wissen; eins wissen mir: geboten wird mir — so hatte der Alte bei seinem letzten Besuch im Sommer 1917 gesagt, mit der Faust auf den Tisch schlagend und blühenden Auges: „Ans in 5 geföhren merdent!“

Das war damals. Was würde ich ihn heute treffen, nachdem der Schlag gefallen, Westpreußen polnisch geworden ist? Die Leute auf dem Lande, die durch den täglichen Zusammenhang mit der Natur und das rübe Arbeit nach rechts sich wiederholenden Befehlen ein immer wachses Wissen und ein unbefangenes Schlagen zu eigen haben, leben auch den großen Weltzusammenhängen gegenüber nie gläubig, aber frohliche Kinder.

„Deutsch geboren und polnisch sterben!“ man höre ostentisch das Jähnkneifen, und fekenzuland beherztes uns alle die tiefe Trauer über das Unabänderliche. Sekundum! Dam bünnte es wieder hoch,

das starke Gefühl dagegen! In den Jügen weiterlebte es: „Und nehmen sie uns alles, das Herr müssen sie uns lassen; und das Herr bleibt deutsch!“ Die Mühe lag auf den Ringen, die Späke mit nuchtigenm Stück in die Ecke: „Sehen Sie, ich dank! Sie: Ich beim Kaps nach in Ordnung — wir sind ja jetzt beim Kaps, müssen alles in 51 machen als Polen“, erklärte er mit grimmem Humor: „Dann stimmt allemal da drinnen in der Erde etwas nicht: Von 11 an u heraus kann alles erst wieder anders werden! So auch im Volk! Wie kommt's denn so kommen, wie's kam? Es muß doch was gefehlt haben, daß es so werden konnte! Bismarck hat's wohl gefagt“, und mit blühenden Augen rief er es hinaus: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt! Das ist!“ Vor allem möglichen haben die Menschen Surcht, mit vor Gott haben sie keine! 1914 war einen Augenblick die Surcht verschunden — da ja auch Gott im Himmel wieder drein, — aber dann? Die Regierenden hatten Surcht vorm Volk, das Volk Surcht vorm Auslande, die einzelnen Surcht voreinander. „Aa, und jetzt! Sind wir hier in Westpreußen nicht auch vor verraten aus Surcht? Surcht, daß die Feinde einmarschieren, Surcht vor den Parteien! Und haben Sie: Der P. — hat nur Surcht vor der Zukunft, darum verkauft er schmaokostl föhnel an die Polen! Der Kl. — fürchtet, seine Stellung zu verlieren, darum behält er eine Meinung für sich und paktiert! Und die Erine — Surcht hat sie, ausgegahzt zu werden, und vertagt deshalb lieber Gesundheit und Ehre! Der Kriegerevrein verachtet seine Söhnen aus Surcht vor Krawallen, und ist doch kein gutes Recht, sie ja polten! Aus Surcht vor kommenden Hunger vergraben sie ihre Vorräte, betrogen, lügen, — Surcht vor allem und vor allen! Und Gott hat den Menschen doch aufrechtgemacht und nicht kriechend! Und leben wir überall anders — nun soll Gott selbst helfen! Wie kam er denn das wenn niemand mehr schurft hat vor dem, was er jagt und tut! Rein — nur dem Müttigen hilft Gott!“

Keiner hatte ihn unterbrochen, den aufstehenden Alten, der durch sein ganzes Leben in Surchtlosigkeit und Gottesurcht gelebt hatte, und nun die Anklage seiner Seele hinausrief in ein durch Surcht verratenes Welt! Und seine Welt hier — erragt log er die Weillinge zu sich betan, den Friedrich und den Wilhelm, Strich ihnen über die Schloßspitze und sagte fromm: „Jungens, es wird auch wieder besser werden, — aber erst, wenn mir den Bismarckfisch auswendig gelehrt haben — und — inwendig.“

Sürstlich und unerföhrt fand ich den alten Marquardt Jahr für Jahr bei meinen Besuchen der alten Heimat in immer polnischer gewordenen Umgebung, standhaft gegen jede Verlockung, nach Deutschland zu kommen, jedem polnischen Anerbietzu auf sein Grundstück die geballte Faust weißend. Jede für Jahr war seine Frage: „Wie steht's in unsrer Heimat? Kann sie uns helfen? Will sie uns bluten?“ Er hat die Hilfe nicht mehr erlitt! Der Friedrich und der Wilhelm — im aber, der Paul und die Gretchen — die mühten auf Gehack des Großvaters nach Deutschland, die lernen hier das Schicksal des Großvaters unser armen gekerkieteten Otmack einst bessere Götter heranzuführen soll
E. S.

Die Breslauer Universität.

Der Rektor der Universität Breslau, Prof. Dr. Döschmann, und der Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Woschmann, teilen mit, dass vorerwähnte Lage des Vaterlandes und seine kulturelle Not haben die Schließung der Friedrich-Wilhelm-Universität und die Errichtung der Technischen Hochschule in Breslau veranlaßt, trotz aller finanziellen Schwierigkeiten zu prüfen, im deutschen Osten ein kulturelles Bollwerk von ganz besonderer Größe und Wucht zu schaffen. Die beiden Hochschulen sind deshalb in unverbundener Verbindung eingetreten, ob eine größere Schule in der Gegend der ihnen gemeinsamen Heimat, in einer ihrer Gebiete eine Reue ergeben kann, oder ob finanzielle Überbelastung des Staates in wissenschaftlicher und kultureller Beziehung einen größeren Aufschwung verriecht als die bisherige Trennung. Es ist erregend worden, in Breslau eine wirkliche universitas literarum zu schaffen, in dem die Technische Hochschule unter völliger Wahrung der besonderen Belange der technischen Wissenschaften, etwa in Form einer Fakultät für Ingenieurwissenschaften (S. 5) in den neuen Gesamtorganismus eingegliedert wird. Beide Hochschulen sind der Ansicht, daß ein solch enges Zusammenarbeiten der reinen und der angewandten Wissenschaften eine starke gegenseitige Befruchtung ergeben kann, die Wissenschaft und Technik in gleichem Maße dienen und dem Vaterlande nützen würde. Vielleicht ist es möglich, daß in der Hauptstadt des zerstörten Ostens eine bisher in Deutschland noch nicht existierende Universität entsteht, die die gesamten Wissenschaften umfaßt. Die bisherigen Vorschläge werden durchaus unerheblich und lassen noch alle Möglichkeiten offen.

Die Breslauer Universität geht auf ein Jesuitenkolleg des 18. Jahrhunderts zurück. Der Grundstein zu dem Bau des heutigen Gebäudes wurde 1728 gelegt. 1740 wurde der Bau beendet. In der nationalen Notzeit nach 1810 forderten die schlechten materiellen Verhältnisse des preussischen Staates die Zusammenlegung der Universität Frankfurt a. O. mit der Breslauer Universität (1811). Damals wurden die beiden

theologischen Fakultäten, die katholische und die protestantische, gleichberechtigt nebeneinander eingerichtet, so daß die Breslauer Alma mater auf einer paritätischen Hochschule der Welt zu sein. Seit ihrer Reorganisation durch die Friedrich-Wilhelm-Universität, die sich übrigens immer noch in jähdem Wachstum befindet, wiederholt bestand es aus kultureller und nationaler Leben eingegriffen. Bekannt ist die Rolle, die die Breslauer Universität in den Jahren der Befreiungskriege spielte. In ganz neuer Zeit ist die kulturelle Bedeutung der Universität noch gemehrt durch eine Anzahl von Instituten und Einrichtungen, von denen die Gründung des Historischen Seminars an der Schulstraße und des Deutschen Instituts in der Martinstraße ganz besonders wichtig ist. Diese Institute arbeiten bewußt im Sinne einer Durchdringung des gesamten Ostens mit deutschem Sprach- und Literaturgut.

Eine ähnliche Bedeutung wie die Universität Breslau hat die Technische Hochschule auf ihrem eigenen Gebiete. Ihre Lehrkräfte und Institute sind weit über die Grenzen Deutschlands bekannt und berühmt. Einzigartig in ihrer Art und Bedeutung ist die Waltherkerkerstraße anlage des verstorbenen Prof. Dr. Esel und das in der ganzen Welt ausgedehnte Kälteablaboratorium Prof. Dr. Simons. Von großer Bedeutung für unsere deutsche Industrie ist das Kohlenforschungsinstitut, dessen wissenschaftliche Ausrüstungen immer in erster Linie dem oberflächlichen Bergbau zur Hilfe kommen sind. Schon aus diesen wenigen Beispielen geht die hervorragende Bedeutung der Breslauer Technischen Hochschule ganz besonders für den Osten, hervor, so daß die Technische Hochschule, was ihre wissenschaftliche Bedeutung anbelangt, ebenbürtig neben der Universität steht. Die Zusammenlegung dieser beiden so bedeutungsvollen Kulturinstitutionen würde einmal die beste Garantie für die Weiterentwicklung ihrer einzelnen Abteilungen wahren, auf der anderen Seite aber wäre diese Zusammenlegung von ungeheurer Bedeutung für die Erweiterung des wissenschaftlichen Schrittskreises der Studierenden; sie würde weiterhin bedeuten für die kulturelle Weiterentwicklung des deutschen Ostens und für eine Durchdringung des Deutschlands jenseits der Grenze mit deutschem Kultur- und Wissenschaftsgut.

Ditmärkisches Allerlei.

Der letzte Sohn von „allen Kapteihn“ gestorben.

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist am 7. Januar in Berlin der letzte Sohn des „allen Kapteihn“, Sanitätsrat Dr. Reinhold Schulze, im 74. Lebensjahre gestorben. Der „alle Kapteihn“, Juliusrat Albert Schulze, war bekanntlich ein Lebensgefährte des „Reuters“. Beide waren zu Beginn der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts in dem bösen Stelzter Metternids wegen ihrer Zugehörigkeit zur Deutschen Burschenschaft mit vielen anderen Bundesbrüdern zum Tode verurteilt und dann zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt worden. Albert Schulze ließ sich 1850 in Merseburg als Rechtsanwalt und Notar nieder. Er lebte eine Zeit lang im Napoleonquartier (die Stadt Merseburg hat hier vor einigen Jahren ihrem großen Mitbürger eine Gedenktafel errichtet) und kaufte sich ein Haus, das später abgerissen wurde und auf dessen Grundstücken heute das Postamt steht. Nachdem im Jahre 1876 seine Frau an Typhus gestorben war, zog der „alle Kapteihn“, der als Folge der ungelungen Festungshaft völlig taub geworden war, zu seinem Bruder nach Weisenfels, wo er im November 1877 farb. Fritz Reuter hat seinem Bundesbruder und Lebensgefährten in seinem Buch „Mit meine Festungshaft“ ein unerhörtes Denkmal gesetzt. Der jetzt verlebte Reinhold Schulze war der jüngste von vier Söhnen. Der britische Sohn, Alfred, 1850 in Merseburg geboren, hat seine Kindheitsmerkmale in Merseburg in einem Buch „Fritz Reuters erste Kapteihn“ aus der Festungshaft niedergelagt. („Märk.-Pol. Stg.“)

— Ankobete von König Friedrich August von Sachsen.

Einmal sah der kürzlich verstorbenen König Friedrich August von Sachsen im Wartsaal eines kleinen schlesischen Hofbahnhofs und trank wie jeder „gewöhnliche“ Sterbliche seinen „Kopf Bier“. Es war zur Zeit des oberflächlichen Aufstandes. Ein freimilärischer Motorfahrer des Grenzschutzes, der eine wichtige Meldung zu überbringen hatte, war, von Kopf bis Fuß verlaust und verdreht, dort eingekerkert, um seinen Durst mit einem Schluck Bier zu löschen. Er setzte sich an den Tisch. Da winkte ihn der neben ihm sitzende Wirt an seinen Tisch und sagte in unverfälschtem „Schlesisch“: „Gomn! Sie mal ruhig an mein Dsch, junger Mann, es is ja noch langweilich, so offensa zu isen!“ Der „junge Mann“, ein Student, unterließ sich eine ganze Weile angetert mit dem „alten Herrn von Sachsen“, ohne zu ahnen, wer er vor sich hatte. Da kam ein anderer Herr an den Tisch und sagte: „Mojestät, der Zug wird bald einlaufen.“ Erstaunt blickte der Soldat auf, erkannte jedoch den König und wollte aufspringen. Da brückte ihn der „Grensch“ gemächlich auf seinen Stuhl zurück und sagte: „Mojestät Sie hoch hehren Majestät mit Gutes Gönich bis zu isen.“ Übrigens führen Sie auch gegen meine Unterthanen Krieg, denn meine Urhaben waren ja och mal Gönich

von Polen. Gott sei Dank, daß ich mit der Laublande nicht tun habe!“ Sprach's und befiel den eben eingelaufenen Zug.

Danijser Hamot.

Sieht ein Steueremitter beim Frühstück in einer Bierstube am Waller. Da kommt ein Bekannter herein und sagt ihm: „Du, am Cor ist ein Telegramm ausgegangen: „Deine Leute liegen aber über die Lange Brücke!“ — „Kann nich angohn!“ — „Aber wenn ich die Sage...?“ — „Dats nich möglich!“ — „Aber...“ — „Rä, mim Jung, da küü in Danij loopt nie!“

Langs Brücke in Danij. Amseln verboten. Aber des Guldner gebogen ein Steiner, in der Hand eine Angelerete. Anders Stauer lesen interessiert ja. Hände stierlich wie Kohlenhaufen. Kommt ein Schupo, bleibt stehen. „Was machen Sie da?“ — „Aufschüt!“ — „Hier dürfen Sie nicht angeln!“ — „Dob ek ok nich.“ — „Aber Mann, Sie angeln doch.“ — „Rä.“ — „Allo nehmen Sie Brute Angel und gehen Sie weiter!“ — „Eck?“ — „Om Augenblick ist die Brücke voll Menschen.“ Der Verkehr stockt. Den Schupo tänt Blicks ab. Da halt der Kopf seine Angel heraus, an der Schnur hängt ein Solpenger. „Berr! Wachtmeister!“ der Herrin war mir zu falsch, da hal ich im ge wässert.“ — „Geben Sie weiter.“ — „Rä!“ — „Drobde haltung.“ Der Schupo greift in die Tasche, halt — eine trockne Semmel heraus... — „Da, Kopf, daß was dau!“ Brüllendes Gelächter. Der Schupo ist der Held des Tages.

Der Förster hat den Bauern im Verdacht, gelegentlich einen Hofen verschwinden zu lassen. Der Bauernhof liegt auf Danijser Gebiet, sein Garten stößt dicht an den Wald und ist mit einer hohen Hecke umgeben. Der Danijser Förster durch den kirschenden Schnee bei hellem Mondbchein auf das Gebüsch zu. Die Hunde schloßen nicht an. Das ist verdächtig, nicht wahr? Hinter der Hecke gibt er haben, lauscht. Da — ein, bin — eine Gleske schließt an, im Garten ruppelt ein Hahn in der Schlange. Die Haustüre geht auf. Der alte Bauer kommt langsam zum Hofen, macht ihm los, hält ihn in die Höhe, zieht ihm mit einer Rutze einige Hiebe über — und wirft ihn in großen Bogen über die Hecke. „Herr Schudorn, die Sackes treffen mir den ganzen Kumpel ab — do bring ich ihnen das Gebot bei!“

Aufzählung des Silberalters aus Nr. 2.

Erfang: Man kann nicht genug Tiere haben.
1. Mota, 2. Rausk, 3. Anton, 4. Rausk, 5. Jritsch, 6. Eselberg, 7. Emben, 8. Ueberberg, 9. Püll, 10. Eierlach, 11. Ernohlt, 12. Apoh, 13. Ellen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Dübau & Co., Berlin. Einladungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (fernru C1 Steinfeld 5031). — Druck: Sempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Die Auswirkungen der Grenzziehung im Osten.

Über dieses Thema sprach am 24. Februar d. J. im Rahmen einer Rundung der Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-Verbände in Hamburg und Umgebung an der Universität zu Hamburg Herr Dr. Otto Jäger, Vorstandmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft Akt.-Ges., Berlin (der im Dezember v. J. im Ostbahnraube vor geladenen Gütern in groß angelegter Rede über die wirtschaftlichen Probleme des Grenzostens gesprochen hatte). Dem Vortrag wohnten außer zahlreichen Studenten und Studentinnen, insbesondere auch dem Vertreter der Studentenschaft, wobei der unbeugsame Wille zur Verteidigung der Ostgrenze zum Ausdruck kam, legte der Vortragende die jetzigen Verhältnisse der Ostgrenze dar, insbesondere die äußerst bedrohliche Lage von Land- und Forstwirtschaft, sowie unter Hinweis auf die letzten Vorgänge in Schien — der Industrie. Er hob hervor, daß für eine Wiederausrichtung des Wirtschaftsebens im Osten die Hechtung der alten Grenze eine unerläßliche Voraussetzung sei. Ansonsten aber müßte alles gelbesen, um dem deutschen Grenzosten die Lebensfähigkeit zu erhalten. Dazu gehörte ein enges Zusammenwirken von Selbsthilfe und Staatshilfe. Bei der Selbsthilfe sei davon auszugehen, daß das Ostprobleme im Vorderen zu einem erheblichen Teil ein agrarisches Problem sei, und daß daher die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft eine der Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaft sei. Diese Gesundung werde man nicht durch ein Subventionsprogramm erreichen, auch nicht allein durch Umschlachtung und Güte, so notwendig diese im Augenblick sein mögen, sondern nur dadurch, daß sich der Produzent immer mehr den Notwendigkeiten des Konsums anpasse. Die Abhängigkeit der Produktion vom Konsum zeige, daß man bei den Hilfsmaßnahmen das ostdeutsche Problem, trotz der Sonderlage, in welcher der Osten sich befinde, nicht isoliert ansehen dürfe, daß vielmehr eine Eingliederung der Wirtschaft des Ostens in die deutsche Gesamtwirtschaft das Ziel sein müsse, was freilich voraussetze, daß die durch die natürlichen, politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten, dem Osten treffenden Sondernotwendigkeiten, insbesondere das Verkehrshandicap, beseitigt bzw. gemildert werden. Vor allem aber müßte die in der Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verkaufspreis liegende ungeheure Reserve für die Landwirtschaft ausgenutzt werden, was voraussetze, daß die Landwirtschaft ein gleichmäßiges und daher besonders marktfähiges Produkt herstelle. Das wiederum setze aber eine weitgehende Solidarität zwischen den einzelnen benachbarten Ländern bei Aufstellung der Betriebspläne, Ausmaß des Saatgutes, Behandlung der Milch usw. voraus. Ferner erfordere die Herstellung, die Sortierung und der Absatz von gleichmäßigen und qualitativ einwandfreien Produkten eine besondere Vorbildung nicht nur des Weinters, sondern

vor allem auch des Arbeiters. Die Mitwirkung des Staates sei nicht zu entbehren, und zwar nicht nur, weil die wirtschaftliche Umstellung von dem verarmten Osten nicht aufzubringende Kosten mit sich bringe, sondern weil bei der totalen Verflüchtigung des Grenzostens auf wirtschaftlichem Gebiete ohne eine Einwirkung des Staates die notwendigen Zusammenhänge zwischen den Interessenten nicht erreicht werden würden. Den politischen Organisationen stehen wirtschaftliche Organisationen von beachtenswerter Stohkraft nicht gegenüber, und es sei Aufgabe des Staates, auf die Bildung solcher von wirtschaftlichen Organisationen hinaus zu wirken. In dieser Hinsicht dürfe man freilich vorläufig keine großen Hoffnungen hegen, weil die für die Rettung des Ostens unbedingt notwendige Einheitlichkeit in der Behandlung der Ostfragen auch auf Seiten des Staates nicht vornehmlich sei.

Abgesehen davon, daß der Gegensatz zwischen Reich und Preußen je mehr wirklich erfolgreiche Ökonomie hindere, sei auch der Ostkommisär durch die der Landwirtschaft drohende Katastrophe gezwungen gewesen, sich anschlüssiglich den akuten landwirtschaftlichen Problemen, die insbesondere auf dem Kreditgebiet lagen, zu widmen, und es habe bisher ein organischer Aufbau der Landwirtschaft nicht in Angriff genommen werden können. Nach wie vor bleibe ein wichtiges, die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherstellendes Agrarprogramm, und man möge ein solches vornehmlich bei den Maßnahmen hinsichtlich der Schuldenlasten und den notwendigen Antrieben finden. Vor allem aber bleibe es auch dem Ostkommisär an dem notwendigen Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft. Er könne sich immer nur um Teilprobleme kümmern, und eine Eisenanierung könne im Osten ebenfomenig zum Ziele führen wie in anderen Gebieten. Es sei eine dringende Notwendigkeit, daß der Ostkommisär die Möglichkeit unmittelbarer Einwirkung auf sämtliche mittlere und untere Behörden des Grenzostens erhalte, und daß er vom Reichspräsidenten mit Vollmachten ausgestattet werde, die ihm jene Maßnahmen und Eingriffe gestatteten, die im Interesse der Sanierung des gesamten Grenzostens unbedingt notwendig seien. Bisher fehlte es jedoch an einem geeigneten, unabhängig beratenden Gremium als auch an einer geeigneten Verwaltung, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet. Vor allem sei auf eine tragfähige Kreditorganisation nicht vorhanden; ihre rasche Schaffung sei eine unabdingbare Notwendigkeit. Diesen mangeln eine rasche und umfassende Besserung herbeizuführen werde, merke er wieder, daß die Ostgrenzen, der 1.3. in außenpolitischer Beziehung in der größten Gefahr sei, in der er seit der Grenzziehung je gefährdeter habe.

Aufwertungsfragen.

Aufwertung der Polener Provinzialanleihen.

Am Oktober 1928 wurde uns vom Deutschen Generalkonsulat in Polen mitgeteilt, daß die Verordnung der polnischen Regierung vom 8. August 1928 die Polener Provinzialanleihen wie folgt aufgewertet werden:

1000,—	Pol. Prov. Anl. in nom. zl.	1000,—	Konversions-Oblig.
2000,—	„ „ „ „	400,—	„
1000,—	„ „ „ „	200,—	„
500,—	„ „ „ „	100,—	„
200,—	„ „ „ „	40,—	„
100,—	„ „ „ „	20,—	„

Da in der damaligen Verordnung die deutschen Weisner von Polener Provinzialanleihen von den in der Verordnung enthaltenen Ausnahmen nicht betroffen wurden, mußte angenommen werden, daß die Aufwertung der in deutschen Händen befindlichen Polener Provinzialanleihen in gleicher Höhe wie für die von polnischen Weisnern erhaltene würde. Erst auf Grund der Durchführungsbestimmungen des deutsch-polnischen Aufwertungs-Abkommens wurde Ende vorigen Jahres bekanntgegeben, daß die Aufwertung der in Besitz von deutschen Staatsangehörigen befindlichen Provinzialanleihen in einer anderen Form geregelt wird. Nach diesem Abkommen werden die Polener Provinzialanleihen auf 10 v. H. der Summe aufgewertet, die auf Grund der in der Verordnung vom 14. Mai 1924 enthaltenen Skala erreicht wird, und in Konversions-Schuldverschreibungen umgetauscht. Aus der Umrechnungs-Skala ist für Anleihen, die bis zum 1. August 1914 ausgeschrieben worden sind, 1 Zl. mit 0,81 M. festgelegt; demgemäß entsprächen 100 P.M. Polener Provinzialanleihen 123,45 Zl., die bei einer Aufwertung von 10 v. H. in etwa 123,4 Zl. polnische Konversions-Schuldverschreibung

umgetauscht werden. Bei der praktischen Durchführung der Aufwertung soll eine Abrundung stattfinden, wodurch die Auszahlung von Spitzenträgern sich erbringen dürfte. Die Aufwertung gilt nur für den Kapitalbetrag, die Zinsen für die Zeit bis zum 1. Juli 1928 werden nicht aufgewertet. In welcher Form die später fälligen Zinsen zur Aufwertung bzw. zur Auszahlung gelangen, ist bisher noch nicht bekanntgeworden. Als Umtauschstellen für 3 v. H. Polener Provinzialanleihen kommt die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, für 5 v. H. und 4 v. H. Polener Provinzialanleihen die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und die Darmstädter-Bank in Frage. Eb-

Entschädigungswesen.

Rückzahlung der Emigrantensteuer.

Unsere Beratungsstelle für Verdrängungsschäden wird von allen Seiten bedrängt, dafür zu sorgen, daß die Entschädigung für die Emigrantensteuer nunmehr schleunigst ausbezahlt werden möge. Vor einigen Tagen erhielt ein Antragsteller bei dieser Gelegenheit, der Vorsitzende seiner Ortsgruppe habe erklärt, daß diese Entschädigungen in fast allen Fällen bereits ausbezahlt worden seien. Dem ist leider nicht so. Es sind noch sehr viele Vergütige abgelaufen worden, insbesondere auch durch Vermittlung unserer Beratungsstelle, aber es sind offenbar noch mehrere weitere Sachen unerledigt. Dazu kommt, daß die Stelle des Verdrängungsschadenskommissars aufgewiesen wurde und nur noch eine Abwicklungsstelle vorhanden, ein Teil der Beuten ist entfallen worden und daß so viele Dringlichkeitsanträge geholt worden sind, daß bis auf weiteres nur noch einige Sachen erledigt werden. Die anderen Antragsteller müßten also schon Geduld haben, bis sie an die Reihe kommen. Die gestellten Anfragen bitten wir durch die Mitteilung als erledigt zu betrachten.

Bundesnachrichten.

Erfolge der Ostbund-Arbeit in den Ortsgruppen.

Aus dem bei der Bundesleistung eingegangenen Jahresberichten der Ortsgruppen können wir den bereits in der letzten Nummer mitgeteilten Erfolgen noch die weiteren hinzufügen: Zu den vielen Ortsgruppen, die trotz der Not der Zeit die Zahl ihrer Mitglieder vermehren konnten, gehört auch Schneidemühl (Landesverband Posen-Westpreußen), die ihren Mitgliederbestand um 14 (auf 68) steigerte, darunter nur drei mit ermäßigtem Beitrag und lieben Beitragsfreie. Die Ortsgruppe Marienburg (Landesverband Siedlitz-Anhalt) konnte ihre Mitgliederzahl ebenfalls um vier, auf 71, erhöhen. Ebenso können eine ganze Anzahl anderer Ortsgruppen berichten, daß sie ihre Mitgliederzahl durch eifrige Werbung nicht nur ausgleichten, sondern den Bestand an Mitgliedern erhöhen konnten. Hauptsächlich sind solche Beispiele anderwärts recht viele nachzuzahlen. — Die in Nr. 5 lobend erwähnte Ortsgruppe, die ihre Mitgliederzahl sogar um 28 vermehrt hat, ist nicht Wittenberge (wo jeder seit Jahren keine Ostbund-Ortsgruppe mehr besteht), sondern die rührige Ortsgruppe Wittenberg a. d. Elbe. — Einmal mehr, heißen beispielsweise als Mitglieder die Ortsgruppen Anklam am 9. Dezember in 12, Ragnitz berg a. Pr. 24, Trempen (Ostpr.) 9. Auch auf diesem Gebiete sind also durch zielbewußte Werbung schöne Erfolge zu erzielen. —

Auch auf dem Gebiete der sozialen Hilfstätigkeit haben einzelne Ortsgruppen nennenswerte Erfolge erzielt. So besetzt z. B. die Ortsgruppe Anklam (V.-B. Vorposten) seit 1927 eine „Hilfe an Grotte“ mit 92 Mitgliedern. Sie brachte erst in einem Jahr Sterbegeld (50 Mk.) zu zahlen. Außerdem sind fünf Mitglieder unserer allgemeinen Ostbund-Sterbekasse. — Die Ortsgruppe Buer (Westf.-V.-B. Rheinland) konnte in fünf Jahren zusammen 500 Mk. Sterbegeld ausgeben. Unsere Ostbund-Sterbekasse hat im letzten Jahre im ganzen 9500 Mk. Sterbegelder in 19 Fällen, im ganzen bisher in 121 Fällen 50 300 Mk. ausgegah.

Die Ortsgruppe Marienburg hat ihre Bücherlei auf 74, die Ortsgruppe Anklam auf 111, Trempen (Ostpr.) auf 196 Bände gebracht. Auch viele andere Orts- und Jugendgruppen haben ihre Bücherzeilen im Jahr 1931 erfreulichermasse ausgebaut oder neue Bücherzeilen angelegt. Wüchsten auch diese Beispiele noch recht viel nachzuzahlen sind.

Die oben erwähnte Ortsgruppe Trempen (Ostpr.) besitzt übrigens auch eine Kleinkaliberjagd-Abteilung mit 22 Mitgliedern.

Die Ortsgruppe Potsdam (Landesverband Berlin-Brandenburg) hatte bei über 300 Mitgliedern zwar einen Abgang von 41, konnte ihn aber amüßend ausgleichen durch einen Zugang von 55 Mitgliedern, so daß sie in das neue Jahr mit 313 Mitgliedern eintrat. Wie die ganze Arbeit dieser Ortsgruppe, so zeigt auch der Jahresbericht von außerordentlicher Sorgfalt, so daß er ein umfaßendes Bild von ihrer eifrigen und erfolgreichsten Tätigkeit bietet, die auch die ganze Anerkennung der Landesleitung gefunden hat, für deren Stellungnahme die folgende Auszählung der angesehenen Potsdamer Tageszeitung vom 19. Dezember 1931 bezeichnend ist: „Man fühlt sich in einer großen Familie bei der Ortsgruppe Potsdam des Deutschen Ostbundes. So verschieden die Berufe, die Unterschiedsgebiete aller der aus Polen und Westpreußen vertriebenen oder aus Ostpreußen kommenden Mitglieder auch sein mögen, die Treue zur edelsten Heimat singt sie, und die Sammelhäuser — der Hofbau — versehen sie die ihre zur heimlichen Erde nachzuzahlen.“ Es fanden 12 Mitgliederveranstaltungen statt, in denen 14 Vorträge gehalten wurden. Außerdem benutzte die Ortsgruppe 14 Veranstaltungen anderer Organisationen, die sie zu Vorträgen über Ostfragen veranlaßte, sowie bei diese Vorträge nicht durch Mitglieder halten ließ. Ferner führt der Jahresbericht 7 Sonderveranstaltungen der Ortsgruppe auf, sowie die Beteiligung an 76 Veranstaltungen anderer Organisationen. — Die Frauengruppe war ebenfalls vorbildlich tätig über regelmäßigen Sammelhäuser wurden durchgeführte von etwa 35 Damen behandelt, die Vangucht auf eine neue Grundlage gestellt. — Die Gesangsgruppe verleihte die Veranstaltungen der Ortsgruppe und konnte auch eine größere Anzahl Eucharistien in ihrem Sängerkreis aufnehmen. — Die Böhrelei erzieht ihren Bestand um eine Reihe wichtiger Werke und um den gebauenen Jahrgang 1930 unserer Zeitschrift „Ostland“. Auch in dieser Beziehung arbeitet die Gruppe also vorbildlich.

Im Einfindung der Jahresberichte

und der dazugehörigen ausgefüllten Fragebogen bitten wir alle Ortsgruppen, die damit noch im Rückstand sind. Ebenso wären wir dankbar, wenn mir recht bald auch von denjenigen Landesverbänden, die ihre Jahresberichte noch nicht eingeholt haben, solche erhalten könnten.

Aus der Bundesarbeit.

Berammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Süd: Monatsversammlung am Montag, 14. März, abends 8 Uhr, in der Berliner Rindm.-Brauerei in Reinick, Hermannstr. 214—219. Vortrag über aktuelle Fragefragen.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die **Frauengruppe Berlin-Ost** hat am 17. Februar im Vereinslokal „Köpenicker Hof“ ihre Monatsversammlung und anschließend eine öffentliche Sitzung ihres 5. Stiftungsausschusses abgehalten. Zahl Ehrwürdiger der Tagesordnung hat die erste Vorsitzende, Frau Stephan, eine Schlussrede in der sie u. a. ausführlich über die vielen dieser Ca nicht in überflüssigender, aber doch in erhellender Breite begehren, lag deshalb, weil es uns vergnügt war, trotz schmerzlicher Zeit den Willen anzufragen, einer Sache zu dienen, welcher unser Inneres gehören muß, wenn wir als Frauen der Ostmark unsere Angelegenheiten erfüllen wollen. Wir haben auch an unserer Arbeit Freunde gehabt und können auch von Erfolgen sprechen. Die Frauengruppe sei in den 5 Jahren ihres Bestehens von inneren Erleichterungen versorgt geblieben, mit hüttlicher Mitgliederzahl sei sie aus dem getreten, ungeschämter sehe sie heute noch da und werde auch weiterhin Frau zum Gebenken des Ostbundes stehen. Der Ehrenvorsitzende, Herr Stephan, überbrachte die Glückwünsche der Ortsgruppe; Herr Vorbauer überreichte in schöner Ausführung die von ihm selbst verfaßten Verse, in welchen er in ausführlicher Weise die Tätigkeit der Frauengruppe Berlin-Ost würdigte. Frau Kubera erhielt die 10-Jahres-Ehrenmedaille des Deutschen Ostbundes überreicht. Es gab Troikollet und Götter. Frau S. S. Sil. Kikulla erstrahlte über bei der Vorlesung. Herr Vorbauer sang auch eine vaterländische Dichtung von Eberhard König vor. Es wurden Feiernalieder, am Klavier begleitet von Sil. Jacob, gesungen. Frau Kluge und Frau Prosjopora dankten im Namen aller Mitglieder dem gesamten Vorstand der Frauengruppe für die selbstlose Leitung.

Ortsgruppe Potsdam und Umgebung. Die Februar-Berammlung wies schon durch die überaus starke Beteiligung von Mitgliedern und Gästen ein besonders erfreuliches Bild auf. Nach ordnungsmäßiger Erledigung des geschäftlichen Teiles begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Rektor Baum, den willkommenen und hochgeschätzten Redner des Abends, Herrn Riegenzspräsidenten Dr. Pauli, der als letzter Besucher der Kreispräsidium in Unter-Brandenburg den beruhten Kreis und Schlichter reichsständischer Angelegenheiten und Vordienst hat dürfte und mit seinen Darlegungen über das Grenzland Elsaß-Lothringen im Ostbundeskreis besonders Verständnis finden werde. Regierungspräsident Pauli ist selbst im Reichsland geboren und aufgewachsen; er hat in verantwortlicher hoher Beamtentstellung jahrelang in den Persönlichkeits gehört, denen die mächtig aufblühende Wirtschaft und Eigenkultur des Reichslandes ihre Jenosse seine Entwiklung zu danken hatte. Daher waren die aus eigenem Schaffen und Erleben gezogenen Darlegungen des Vortragenden in allen ihren Zusammenhängen und Schlußfolgerungen so besonders eindrucksvoll und liegen erfüllt die Größe des durch die Abtrennung des Reichslandes für Deutschland entstandenen Verlustes ermessen: ein blühendes Getreide- und Ackerland, das größte deutsche Weinbaugeliet, ein Land mit reichen Bodenschätzen, Ralioverkehr, Erdölreserven, Rohstoffen und Eisenerzorkommen. Regierungspräsident Pauli entwarf ein umfaßendes Bild von der Gestaltung des eisernen Völker- und Wirtschaftslebens. In der das er bedachten Ehre auf den von dem Reichsland über die unerschöpflichen Spurendeutschen Bürger-, Bauern- und Arbeiterlebens; die Hunderte von nachdrücklich bei überlebenden Dorf- und Stadtgemeinden — ein Bild edler deutscher Romantik, die Bewohner alemannischen Stammes aus engle verordnet mit den Badenern dieses des Rheins. Eyobden aber lebt in den führenden Schichten des Landes ein unfremd Deutschbereuhtsein entfremdeter Geist: eine Erscheinung, von der man auch in den Jahren, da noch niemand an eine Trennung des Reichslandes von Deutschland dachte, mit einer gewissen Entschlossenheit Kenntnis nehmen mußte. In dem Zeiten der Hochkultur des alten Ralioismus unter den Frankenkaisern und Hohenstaunern war das Elsaß zum Mittelpunkt deutscher Ralioemacht emporgehoben. Unter den vorbereitenden Nachwirkungen deutscher Getzlichkeit, die eine Teilung des Landes in unabhängige Einzelgeliet und Einzelherzogtümer zur Folge hatten, wurde die nationale Widerstandsarbeit dieser urdeutschen Grenzmark gegenüber dem Andrängen französischer Eroberer seit der Mitte des 16. Jahrhunderts zunehmend geschwächt. Das Schicksal des deutschen Elsaß war entschieden, bis im Jahre 1871 sein Gelietung war, sich neuen in Frieden im Vertrag der Stadt Straßburg zu bemächtigen. Aber diese französische Überwältigung hatte durchaus nicht zur Folge, daß das gelamte Gebiet von Elsaß-Lothringen seinen deutschen Charakter verlor. Das blieb so bis etwa zum Beginn der französischen Revolution, deren neue Freiheits- und Menschenheitsideale dem gelistigen Einfluß Frankreichs im Elsaß die Bahn ebneten. Und als dann Napoleon I. es verband, den Elsaß-lothringische Bevölkerung vor den Singsangern seines Imperialismus zu spannen, begannen die deutschen Bewohner des gelistigen Elsaß die politische Arbeit. Als nach dem Jahre 1871 Elsaß-Lothringen als Reichsland zu dem neuen Deutschland Bismarckscher Prägung zu-

Deutschlands Zukunft liegt im Osten!

Eretet ein in den Deutschen Ostbund!

Anzulegen: 1. Hypotheken auf prima Miethäuser in bester Lage. 6% Zinsen, günst. Auszahl.-Bed.
Gesucht:

Kapital von RM. 10.000 - 40.000 für erstklassige Hypotheken innerhalb 1-1 1/2 J. hoher Zinseszinsmiete.

Hausverwaltungen gegen mäßige Vergütung. Beste Referenzen von Landbesitzern.

v. Wittken-Jungnik, Berlin W 30, Rosstraße 19, Tel. B 4, Banaria 1508. Sprechtage Montag, Mittwoch, Freitag von 3-5

Fosener! Westpreußen!

Zurück nach Eurem geliebten Osten!
In Anruhstadt, Kreis Rast, Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, sind hübsche Wohnungen mit beheizbaren Nebenräumen sowie mit reichlich Gartenland und Ställen **sofort zu vermieten.**

Die Gemeindesteuern sind geordnet, Sondersteuer wurden bisher nicht erhoben. Anfragen erbittet der **Magistral in Anruhstadt, Zeumer.**

Es stehen zum Verkauf aus einer Aufteilung im Kreise Gleiwitz, Oberschlesien, zwischen drei großen Industriestädten:

- 1 Rittergut**, circa 500 Mg, davon 500 Mg Acker 2-5. A1, 60 Mg, prima Weide, reichlich Laub- und Leibesbesen Inventar, Gartenland erstklassig. Preis pro Mg. circa 200 Mg, einflüchlig. Gebäude, welche sich in gutem Bauzustand befinden.
- Ca. 500 Mg. Bauplätze und Ländereien**, an barter Straße gelegen, zum Preise von nur 400 Mg. pro Mg. Bahn, Post und Schule am Ort.
- 14 kleinste Wandmischmaschinen von 15 bis 100 Mg., in Oberflächigen gelegen, zu jedem annehmbaren Preise, zu verkaufen. Anzahlung nach Vereinbarung. Wünsche der Verkäufer können berücksichtigt werden. - Anfragen erbeten an:

Alfred Seifert,
Twarog, Krs. Gleiwitz O./S.

Starke Preisermässigung!

Wir sind in der Lage, unseren Lesern folgende Bücher zu stark herabgesetzten Preisen anzubieten. - Bestellungen sind an die Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, zu richten.

Ausshneiden! - Als Drucksache senden!

Bestellkarte.		Siermit bestelle ich:
.....	Stfd. Laubert: Deutsch oder slawisch?	gebdt. fr. 5.- M., jezt 2,50 M. " 3,50 " " 1,50
.....	" Rechtswert Dänmark (mittlere Ostmark und Grenzmark Posen-Westpreußen).	" 4.- " 2.-
.....	" Braun, Lüdthe, Müller-Rüdersdorf: " Entriffene Ostlande. Reich illustriert	" 8.- " 3.-
.....	" Lüdthe: Grenzmark Posen-Westpreußen. " Reich illustriert	" 8.- " 3.-
.....	" Lüdthe: Das Jahr der Heimat.	" 4.- " 2,75
.....	" Lüdthe: Spuren des Volks.	" 2,80 " 1,85
.....	" Ostbaltische Dichtersimmen.	" 2.- " 1.-
.....	" Djband-Niederbuch.	" 1.- " 1,50

Sämtliche Preise zuzüglich Porto.
Bestellung erfolgt: durch Nachnahme - durch Postanweisung - durch Postgirokontto: Berlin 104728. (Nichtzustreffendes bitte durchstreichen.)

Name:
Wohnort: Straße:

Verlag: Deutscher Ostbund & B., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 - Fernruf: C 1 Steinplatz 8031 - Postfachkontto: Berlin 104728. Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Tiergarten. - Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstraße 7/8.

Osterwunsch

Nette, lebensfähige Schneiderin, 32 Jahre alt, möchte gerne, da in hiesiger Gegend keine Osterkarle find, mit einem beliebigen Herrn in Briefwechsel treten. Kaufmann od. Beamter bevorzugt. Folgt, unter 2418 an das Df. erb.

Polen

Kaufe und reguliere Hypotheken in Polen.

T. Klerski, Bydgoszcz, Refa 2.

Möbeltransporte



Berlin W 30, Nollendorplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas 6786

Grundstück

in Nieder-Schlesien, 170 Morgen mit mittlerer Boden, mit Weide und 100 Morgen zum Teil schlagbarem Wald **sofort zu verkaufen.** Preis 12.000 M. Offert. unter 2411 an das Df. land erbeten.

Ostmärker, 33 J., ledig, sucht Stellung im Büro, langjährige Zeugnisse vorh. Hoher Mathematiklehrl. Gel. Ang. unter 2422 an das Df. land erbeten.

Osterwurf

und alle Kurzfragen in atkehandener Güte empfiehlt **Richard Milbradt, Frankfurt a. O., Wollenweberstr. 41/42, führt Polen, Vittoriastr.**

Wer kennt

die Anschrift der Marie Pomeranze? Es handelt sich um Sparguthabenaufwertung der Stadtsparkasse Bromberg. Ang. unter 2413 an das Df. land erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Frau Elisabeth Werner, jetzt wohnhaft gemeldet in Frankfurt i. Sael.? Es handelt sich um Sparguthabenaufwertung der Stadtsparkasse Bromberg. Ang. unter 2414 an das Df. land erbeten.

Hotelgrundstück

moderner Neubau, in Hannover, absolut tadel. Seit 1 Jahr in Besitz. **Reisiger Wähler** sind tätigen oder stillen **Teilhaber**

zum Anford. Erford. mögl. 40-50 Wille M. **Hotel Waterloo Hannover,** Andreastr. 6.

Lehrstelle als Verkäuferin

für 14tägige Ostermärkten zum 1. 4. 1932 in Berlin gesucht. Ang. unter 2417 an das Df. land erbeten.

Glänzende Existenzen!

Oftmärker! Proviisionsfreie!

Geschäftshäuser - Komplex am Markt einer Kreisstadt der Ostbahn mit fr. Vadevis-Kolikulation für jed. Branche, sehr zukunftsreich, Friedensmiete ca. 1800 RM., einen kleinen land. Geschäftsgartn. zu vertauschen oder billig zu verkaufen. Erforderliches Kapital 10.000 bis

Geschäftsgrundstück f. Weh- u. Wohnwaren, unmittelbar am Marktplatz eines unkermarktes Stadtchens, nahe Stettin, dasgubiger großer Obll- und Gemüsegarten. Preis nur 13.500

Vandwirtschaftliches Grundstück im Kreisstadt Sohlen, nahe Dautzen, ca. 5000 qm, zum Betrieb eines Geflügelfarm hervorragend geeignet, auch sehr leicht als Säulen- und Jugendbetriebe. Küberheim oder dergl. einrichten. 5.000

Salzhol-, Miez- und Geschäftsgrundstück in einem beliebigen Dorf mit Durchgangseerkebr bei Bala a. d. S., erstklassige Kistlen und Kapitalanlage. 20.000

Wäckergrundstück in bester Verkehrszone des Ostpreuden Seemennens, Ang. 16.000 RM.; der Betrieb ist auch allein verkäuflich. **Proviision nur** 4.000

Sofort. reif. Geschäftsgrundstück mit modernem, konzeptioniertem Geflüßbetrieb in mittlerer Stadt Hinterpomerns; der Gebäudetrupp ist sehr schön und größte cm. 25.000

86 Morgen Vandwirtschaft bei Altrendle (Altmark). 15.000
Geschäftsbau mit aufgehendem Bäckerei- u. Konditoriebetrieb (vollkonzeptioniert) in lebhaftem Stadt Marktenburgs, äußerst verkehrsgünstig gelegen. 25.000

Rehabilitationsgrundstück mit bed. Salzlagern und Kolonialwarenhandlung in kleiner Ortschaft b. Owerndam, weiterhin als Garten- und Tanzlokal bekannt, insgesamt 21 Morgen. 14.500

Villensgrundstück für Privat-, Penions- oder Pensionsbauwerk in best. Verkehrsverhältnissen, unmittelbar am Ziele eines Bergbahnes in landschaftlich herrlicher Gegend. ca. 15.000

Wallerbielgrundstück mit Sägewerk u. Vandwirtschaft i. Kreis Eßeln a. d. O. (Anteil der Wähe u. des Sägewerks durch Wäherkraft voll konkurrenz. Grundstück mit Kolonialwarenhandlung in Sonderbauan an Hauptgeschäftsstraße. 9.000

Rehabilitationsgrundstück mit Konzertgarten an der Spree unweit Berlin. Jährliche Wacht 4800 RM., währiger Vertrag. Abstand 12.000 RM. In. Ex 112971

Sehen Sie uns Ihre speziellen Wünsche an und verlangen Sie kostenlos unsere illustrierten Projekte mit ausführlicher Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 93
Dürbergstraße 1. Tel. 82 Lützow 1130